



DIETER KLEIN

EINE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION UND DIE LINKE

Mein Ausgangspunkt ist die Frage nach dem historischen Ort der gegenwärtigen mehrdimensionalen Krise. Die Schwierigkeit einer Antwort darauf besteht darin, dass die Bedeutung einer geschichtlichen Situation für jene, die mitten in ihr leben, in der Regel schwer zu erfassen ist.

Umso größer die Verantwortung der Intellektuellen, sich einer solchen Frage zu stellen. Meine These ist: Die jüngste Gesellschaftskrise, die mit dem Abklingen der Finanzkrise und der Überwindung der Weltwirtschaftskrise keineswegs beendet sein wird, könnte als Beginn eines fundamentalen Einschnitts in die globale Entwicklung verstanden werden. Auf die historische Agenda gerät nach der Großen Transformation, die Karl Polanyi in seinem Werk „The Great Transformation“ analysierte, nicht weniger als eine zweite Große Transformation, die alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens auf der Erde umwälzen wird.

Die erste Große Transformation umfasste den Übergang von Feudalismus, von der kleinen Warenproduktion, der Subsistenzwirtschaft und anderen vorkapitalistischen Formen zur kapitalistischen Warenproduktion. Im Ergebnis dieses Prozesses von mehr als 300 Jahren (Kossok, 1988: 42) dominiert der Profit die Wirtschaft und die Gesellschaft, ist die Wirtschaft nicht mehr in die Gesellschaft eingebettet, sondern ist diese

der Wirtschaft unterworfen. Die Natur ist der Kapitalverwertung einverleibt, als sei sie grenzenlos verfügbar und als könnten die ökologischen Gleichgewichte beliebig und folgenlos dem kapitalistischen Wachstum geopfert werden.

TRANSFORMATIONSDISKURS 1989 UND 2009

Der neoliberale Kapitalismus der letzten Jahrzehnte hat diese Entwicklung auf die Spitze getrieben, bis sie in die gegenwärtige Krise einmündete. Diese hat eine historische Scheidewegssituation konstituiert. Alle gesellschaftlichen Kräfte sehen sich gezwungen, ihre Antwort darauf zu suchen, welchen Weg sie künftig gehen wollen. Bereits die Deutung einer Krisensituation stellt Weichen für die Art und Richtung ihrer Bearbeitung. Wer die Deutungshoheit gewinnt, wird vorerst die Reaktionen auf die Krise im eigenen Interesse bestimmen. Wer die Deutung verliert, ist bereits dabei, in den Kämpfen um das Danach zu verlieren.

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer liegt es nahe, unter diesem Gesichtspunkt auf den Herbst 1989 und die folgenden Jahre zurückzuschauen. In den Umbrüchen der Geschichte entsteht stets ein unschätzbarer

Vorrat an Erkenntnissen und Erfahrungen, ob durch Siege oder Niederlagen. Sie sind lebendig zu machen für die Aufgaben der Gegenwart. Walter Benjamin schrieb: „Die jeweils Lebenden erblicken sich im Mittag der Geschichte. Sie sind gehalten, der Vergangenheit ein Mahl zu rüsten. Der Historiker ist der Herold, welcher die Abgeschiedenen zu Tische lädt.“ (Benjamin, 1984: 155)

Die Herausforderungen des Herbstes '89 wurden von den Machteliten des Westens als Aufgabe „nachholender Modernisierung“ (Zapf 1992) oder „nachholender Revolution“ (Habermas, 1990) im Osten Deutschlands und Europas gedeutet. Wolf Lepenies' Befund lautete: „Die politische Klasse der alten Bundesrepublik hat, mit wenigen Ausnahmen, aus der Vereinigung und ihren Folgen ein Festival der Selbstbestätigung gemacht.“ (Lepenies, 1992: 31) Sie konnte sich dabei auf das mehrheitliche Interesse der Ostdeutschen stützen, schnell an den Freiheiten und dem Wohlstand teilzuhaben, die das westdeutsche Modell versprach. Die deutsche Einheit vollzog sich als nahezu totale Ausweitung der Strukturen der alten Bundesrepublik auf Ostdeutschland, als Transfer von Institutionen, Eliten und Ressourcen von West nach Ost.

Der Mainstream der Sozialwissenschaften begleitete den Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus in einer großen Welle der durch Drittmittel reichlich geförderten Transformationsforschung. 1999 resümierte Professor Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin in seinem Buch „Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung“ mit dem Anspruch, deren internationalen state of the art zusammen zu fassen, was der Inhalt von Transformationsprozessen in unserer Epoche sei: „der Übergang von einem Ordnungssystem zu einem grundsätzlich anderen System. Dies umfasst den Übergang von Diktaturen zu Demokratien, der Plan- und Kommando- zur Marktwirtschaft sowie den Wandel von geschlossenen zu offenen Gesellschaften.“ (Merkel, 1999: 15) Außerhalb des Denkhorizonts der etablierten scientific community blieb die Perspektive einer Transformation von repräsentativen zu partizipativen Demokratien, von profitorientierter Marktwirt-

schaft zu einer solidarischen Mischwirtschaft mit starkem gesellschaftlichem Eigentum und sozialökologischer Rahmensetzung für den Markt, von offenen Gesellschaften, deren Offenheit in Wahrheit durch den sozialen Ausschluss großer Teile der Erdbevölkerung eine Fiktion ist, zu tatsächlich offenen Gesellschaftlichen sozial gleicher Teilhabe aller Erdenbürgerinnen und -bürger an den elementarsten Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens. Die Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse der OECD-Welt wurden nicht in Frage gestellt. Ulrich Beck brachte den Kern des herrschenden Transformationskonzepts auf den Punkt: „Marktwirtschaft und keine Widerworte!“

Dies beruhte auf einer einäugigen Auffassung der tatsächlichen historischen Herausforderungen gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Der Staatssozialismus war an den Defiziten seiner Grundstrukturen gescheitert. Seine Überwindung war schon längst dringliches Gebot. Aber seit den 70er Jahren befand sich auch der bis dahin sozialstaatlich regulierte Kapitalismus auf einem zunehmend konfliktären neoliberalen Pfad. Hochtechnologische Umwälzungen und die Globalisierung hatten ebenso Reichtumszuwächse mit zuvor nicht gekannten Chancen wie Großgefahren für die menschliche Zivilisation hervorgebracht. Seit dem Militärputsch in Chile 1973 wurde dort die Durchsetzung der marktradikalen Wirtschaftstheorie Milton Friedmans praktiziert. Besonders in den USA und in Großbritannien war der Abbau des Sozialstaats längst im Gange und schritt auch in Deutschland schon voran, ehe er später in Gestalt der Agenda 2010 einen entscheidenden Schub erhielt. Der Bericht „The Limits to the Growth“ an den Club of Rome hatte schon längst spektakulär auf die Gefährdung der natürlichen Existenzbedingungen der Menschheit durch profitorientiertes Wachstum verwiesen. Für die Entwicklungsländer waren die 80er Jahre ein verlorenes Jahrzehnt.

Deshalb wurde am Institut für interdisziplinäre Zivilisationsforschung der Humboldt-Universität, das aus dem reformkritischen Projekt „Moderner Sozialismus“ hervorgegangen

war¹, das Konzept einer doppelten Modernisierung (Klein 1990; Klein 1991) entwickelt. Einer Transformation im Westen nach zwei Jahrzehnten neoliberal geprägter Entwicklung zu einer gerechten, solidarischen Gesellschaft und einer Transformation im Osten, der sich die Evolutionspotenziale moderner bürgerlicher Gesellschaften anzueignen, sich aber mit den eigenen Erfahrungen in einen gesamteuropäischen Transformationsprozess einzubringen hätte.

Natürlich widersprach dieses Transformationskonzept den realen Kräfteverhältnissen. Aber zu fragen ist mit Blick auf die heutigen Herausforderungen für antizipatorisches Denken, ob dies verantwortlich Denkende und zumal Intellektuelle legitimiert, realitätsbezogene Zukunftsvorstellungen gegen die Akklamation für eine Politik auszutauschen, die an den wirklich großen Fragen unserer Zeit vorbeigeht.

Max Weber hatte über solchen Konflikt geschrieben: „Selbstverständlich aber ist nun ferner ... für den Einzelnen ein stets erneut auftauchendes Problem, ob er die Hoffnung auf Realisierbarkeit seiner praktischen Wertungen aufzugeben habe angesichts seiner Erkenntnis des Bestehens einer eindeutigen Entwicklungstendenz, welche die Durchsetzung des von ihm Erstrebt ... derart unwahrscheinlich macht, dass seine Arbeit daran, an der Chance des Erfolgs bewertet, als sterile 'Donquixoterie' erscheinen müsste“ (Weber 1988: 513). Für diesen Fall erwog Weber, dass die Menschen unter solchem Druck zur Preisgabe ihrer Ideale neigen und stellte - überaus aktuell - fest: „In Deutschland glaubt man dies mit dem Namen 'Realpolitik' schmücken zu dürfen. Es ist jedenfalls nicht einzusehen, warum gerade die Vertreter einer ... Wissenschaft das Bedürfnis fühlen sollten, dies noch zu unterstützen, indem sie sich als Beifallssalve der jeweiligen 'Entwicklungstendenz' konstituieren“ (ebenda).

¹ Das Institut wurde durch Jürgen Habermas, Cornelius Castoriades, Günter Gauss und anderen seiner Gäste zur Verwirklichung seines eigenständigen Entwicklungskonzepts ermuntert, von Jürgen Kocker positiv bewertet - und als nicht passfähig zu den Wissenschaftsstrukturen der alten Bundesrepublik nach anderthalb Jahren aufgelöst. (Brie, Michael/Klein, Dieter, 1992: 235 ff.)

„Die spezifische Funktion der Wissenschaft scheint mir gerade umgekehrt: Dass ihr das konventionell Selbstverständliche zum Problem wird.“ (ebenda: 502)

Wenden wir uns, in solcher Weise durch Weber ermuntert, linken Vorstellungen für ein transformatorisches Gesellschaftskonzept zu (Klein, 2002).

Die Verdrängung von Alternativen im Westen 1989 und danach begünstigte eine zunehmend marktradikale Entwicklung des Kapitalismus und eine Entfaltung des Finanzmarktkapitalismus, bis dies in die jüngste Finanz- und Weltwirtschaftskrise hineinführte. Zusammen mit der fortschreitenden Schädigung der Biosphäre, vor allem der Gefährdung der Klimastabilität und der Reduzierung der Artenvielfalt, mit dem Andauern von Armut, Hunger, akuten Ernährungskrisen und millionenfachem Tod durch „an sich“ längst mit Erfolg behandelbare Krankheiten in den Entwicklungsländern, mit Kriegen und mit der Erosion der in vielen Erdregionen gerade erst neu aufkeimenden Demokratie ist eine Gesellschaftskrise heraufgezogen, die die gesamte Zivilisation betrifft.

Die FAZ vom 22.10.2008 schrieb zu dieser Krise: „Die Lage war derart verzweifelt, dass alleiniges Vertrauen in die Selbstheilkräfte des Marktes sehr wahrscheinlich in eine Katastrophe geführt hätte.“ Der damalige Finanzminister Peer Steinbrück fasste das Gefühl in den inneren Zirkeln der Macht zusammen: „Da haben wir alle in einen Abgrund geblickt.“ (Der Spiegel, 29.9.2008)

Die europäische Linke präsentierte in der Krise eine Vielzahl richtiger Forderungen zur Bändigung der Finanzmärkte, zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der Abwälzung der sozialen Krisenfolgen auf sie und zur Stabilisierung der Wirtschaft durch Zukunftsinvestitionsprogramme in Bildung, Gesundheit, Infrastrukturen und Umwelt. Aber in Deutschland und auch in anderen Ländern hat die Linke auf die öffentlich diskutierte Krise des Neoliberalismus nicht mit dem Aufrufen eines alternativen Gesellschaftsprojekts geantwortet. Sie hat nicht vermocht, in die öffentliche Suche nach Antworten auf die Krise Konturen einer zukunftsfähigen gerechten Gesellschaft einzubringen. So als

ließe sich eine linke Gesellschaftsalternative auf die Summe einzelner Forderungen und Projekte reduzieren. In Zeiten tiefer Erschütterung der kapitalistischen Regulationsweise, der Delegitimierung der Machteliten, des offenen Zutagetretens der Inkonsistenz von Untauglichkeit herrschender Politik hätte eine linke radikale Realpolitik den Legitimationsverlust der herrschenden Politik nutzen und die Unausweichlichkeit einer emanzipatorischen Alternative in das öffentliche Bewusstsein heben müssen - ohne allerdings auch nur im Geringsten auf praktische Maßnahmen und Reformschritte im unmittelbaren Interesse der von der Krise schuldlos Betroffenen zu verzichten. Aber eine solche grundsätzliche Antwort bleibt die Linke bisher schuldig oder kann sie zumindest nicht vernehmbar in den öffentlichen Diskurs einbringen. Sie handelt in Europa schon seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre aus einer Situation der Schwäche heraus. Doch die Zeit ist gekommen, an die Adresse der Herrschenden zu erklären: Eure vom Kapitalismus bestimmte Transformation geht dem Ende zu. Die kommende Transformation wird eine emanzipatorische, soziale, ökologische und feministische sein. Ihr Inhalt wird auf lange Sicht die Überwindung des Kapitalismus durch eine solidarische, gerechte und nachhaltige Gesellschaft sein! Ihre Akteure werden das Scheitern des Staatssozialismus und die Grenzen des Kapitalismus verarbeiten. Sie wird vielleicht viele Namen tragen. Die moderne Linke wird sie demokratischer Sozialismus nennen.

Gegen solche eindeutige Aussage stehen viele Einwände. Vielen erscheint der Begriff Sozialismus durch die Praxis des Staatssozialismus diskreditiert. Andere haben das Bedenken, dass er als bloße Utopie vorbei an den gegenwärtigen Sorgen und Aufgaben missverstanden wird. Wieder andere fürchten, dass programmatische Debatten um konsistente linke Identitäten die Linke noch weiter auseinandertreiben könnten. Sie halten für das Wichtigste eine noch nie gekannte Bereitschaft zu Kooperation und Kommunikation zwischen den ganz verschiedenen Strömungen und Akteuren der Linken. Susann Georges' Aufforderung, „to think big“ gerade in der Krise, verhält allzu leicht in den Kämpfen zur Abwehr der schlimmsten Krisenfolgen.

FÜNF SZENARIEN MÖGLICHER ZUKÜNFTEN

1989 hat es die deutsche und europäische Linke nicht vermocht, eine Transformationsperspektive auch für den Westen zur Geltung zu bringen. In der gegenwärtigen Scheidewegkonstellation sollte sie daraus die Lehren ziehen. Denn es zeichnen sich gegensätzliche Szenarien möglicher Zukünfte ab. In den nächsten zehn Jahren oder länger werden die Elemente unterschiedlicher Gesellschaftsprojekte neben- und gegeneinander existieren, bis die Kämpfe zwischen ihnen für eine nächste Phase entschieden werden (Institut für Gesellschaftsanalyse, 1/2009). Fünf Entwicklungswege zeichnen sich ab:

Szenario I

Ein neoliberales Weiter so. Es ist hier nicht näher zu beschreiben. Aus der Erfahrung in mehr als drei Jahrzehnten ist bekannt, was dieses Weiter so bedeutet (Candeias, 2009; Klein, 2008).

Szenario II

Ein Mix von neoliberalen Grundtendenzen und staatlichen Interventionen zu deren Rettung. Das Ergebnis dieses Mix könnte das Paradoxon eines neoliberal-staatsinterventionistischen Kapitalismus und eine instabile zeitweilige Stabilität sein. Die halbherzigen Schritte zur Regulierung des internationalen Finanzsystems und zur Bearbeitung des Klimawandels bei ungebrochener Macht des stärker als vor der akuten Krise konzentrierten Finanzkapitals deuten darauf hin. Aber immerhin haben die Machteliten mit Bankenrettungsschirmen, Konjunkturprogrammen und sozialen Absicherungen einen noch tieferen Krisenabsturz abgewendet. Vieles spricht für die Wahrscheinlichkeit des mit dem ersten Szenario eng verwandten Szenarios II.

Szenario III

Postneoliberaler Kapitalismus. Konsequenter als im Rahmen des zweiten Szenarios würden die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Interventionen einen Green New Deal vorantreiben. Er

könnte mit einem Public New Deal verbunden sein, d.h. als Gegenbewegung zu neoliberaler Privatisierung mit einem Ausbau des Öffentlichen - öffentlicher Güter, öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur, öffentlichen Eigentums und öffentlicher Räume - anknüpfend an einigen Elementen in den gegenwärtigen Konjunkturprogrammen und in teilweiser Anlehnung an skandinavische Erfahrungen. Das Versagen der neoliberalen Regulationsweise bei der Lösung der größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts rückt dieses Szenario in den Bereich des Möglichen. Die Schwäche der Linken spricht eher gegen die Wahrscheinlichkeit dieses Entwicklungspfadens in absehbarer Zeit. Aber auch in diesem Szenario würden kapitalistische Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse die Entfaltung einer neuen Soziallogik immer wieder beschränken. Im günstigsten Fall würde sich das Szenario bewegen zwischen der Möglichkeit der Öffnung für weitergehende Transformationsprozesse und dem Rückfall in die Szenarien II oder gar I.

Szenario IV

Entzivilisierter Kapitalismus. Weniger wahrscheinlich als die Szenarien I und II, aber nicht auszuschließen ist, dass eine Eskalation ungelöster Probleme, der Verlust von Fähigkeiten der Eliten zur Governmentalität - des Regierens mit Hilfe von Selbstregierung und Selbstanpassung der Individuen - und künftige große Krisen von den konservativsten Fraktionen der Herrschenden durch autoritäre Regime, Gewalt, Militarisierung und Rechtsextremismus beantwortet werden könnten.

Gegenwärtig zeichnet sich jedoch ab, dass ein modifiziertes Festhalten am neoliberalen Kapitalismus mit Hilfe staatlicher Interventionen, mit sehr begrenzter sozialpolitischer Abfederung und mit grünen Tendenzen Präferenz für die Machteliten in vielen OECD-Ländern gewinnt. Aber über die andauernde Profitdominanz, die die Realpolitik bestimmt, legt sich in der medienvermittelten öffentlichen Meinungsbildung ein neues Phänomen. Es besteht in der kulturellen Reaktion der Weitsichtigeren unter den Herrschenden, des engagierten Bürgertums und der

kritischen Bildungseliten (Neugebauer, 2007; Brie, 2007: 13 ff.) auf den Schock der Krise. Zu dem noch dominanten Festhalten an neoliberalen Denken tritt mit wachsender medialer Unterstützung ein anschwellender Strom von mehr oder weniger diffusen Bekundungen für eine bessere, gerechtere menschliche Welt, für eine umweltpolitische Wende und eine Welt der Kooperation und Solidarität. Ein bürgerlicher „Erdenrettungsgeist“ durchweht die Medien (Der Spiegel, Nr. 30/2007).

Darin äußern sich ganz unterschiedliche Interessen, Motivationen, Strategien, geistige Strömungen und individuelle Positionen. Nach den Niederlagen des Wirtschaftsliberalismus wirken Tendenzen zum Wiedererstarken eines Gesinnungs- und Verantwortungsliberalismus und verbinden sich mit dem Aufstieg eines gewachsenen Umweltbewusstseins. Als Gegenreaktion auf die imperiale und arrogante Politik der Bush-Administration gewinnt die von Barack Obama vertretene Idee globaler Kooperation und Kommunikation Gewicht. Der bürgerliche Humanismus wird durch akute Großgefahren herausgefordert und mischt sich mit dem allerdings geschwächten sozialdemokratischen Reformismus, mit der Suche nach neuen, insbesondere grünen Feldern der Kapitalakkumulation und mit der Mobilisierung der dem Kapital eigenen Fähigkeit, Bewegungen und Strömungen von unten aufzunehmen und in seinen Herrschaftsmechanismus zu integrieren.

Vieles spricht dafür, dass das Gesamtergebnis dieser unterschiedlichen Anstöße für eine globale Renaissance des Prinzips Verantwortung (Hans Jonas) eher eine größere Anpassungsfähigkeit der Machteliten sein könnte. Doch dieser neue Trend in der geistig-politischen Arena könnte auch Chancen für transformatorisches Handeln zunächst im Rahmen des Kapitalismus und vielleicht darüber hinaus bergen. Das Resultat wird in starkem Maße von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den herrschenden Klassen und eines erst in Ansätzen erkennbaren Blocks für eine solidarische nachhaltige Gesellschaft, von der Differenzierung zwischen den Fraktionen der herrschenden Eliten selbst und nicht zuletzt vom Druck linker Gegenmacht auf sie abhängen.

Die Linke sollte sich durch die bereits entbrannten heftigen Kämpfe um die Wege nach der jüngsten Krise und durch die Drohung eines Weiter so aufs Höchste alarmiert sehen. Der überaus ambivalente neue Verantwortungsdiskurs, der Eigentums- und Machtfragen weitgehend ausklammert und eine Sphäre der Unverbindlichkeit zwischen hoffnungsvollem Neubeginn und Neugewandung gegenwärtiger Herrschaftsverhältnisse verbreitet, fordert ebenfalls dazu heraus, dass die Linke ihren Handschuh in die Arena der geistig-politischen Hegemonialkämpfe wirft. Sie ist zu einer radikalen Realpolitik gefordert. Diese umfasst die weitere konkrete Ausarbeitung ihrer Projektangebote auf allen entscheidenden Politikfeldern, die Arbeit daran in Initiativen, Bewegungen, Parlamenten, Verwaltungen, Unternehmen und Regierungen und das Wirken für Bündnisse, die die Lage der Bürgerinnen und Bürger durch sie selbst verbessern können. Linke radikale Realpolitik umfasst aber auch Entwürfe für ein alternatives Gesellschaftsprojekt, dessen Leitideen der Gesamtheit einzelner Politikangebote eine Richtung und ein Ziel geben. Also ist die Herausforderung für die internationale Linke in der noch offenen gegenwärtigen Scheidewegssituation die praktische und theoretische konzeptionelle Arbeit an einem fünften Szenario, an ihrem Entwurf für eine gerechte Gesellschaft:

Szenario V

Emanzipatorische Transformation – darzustellen in den kommenden Abschnitten:

DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION - INHALTE

Zunächst mag der Begriff emanzipatorische Transformation nur als eine umständliche Umschreibung für eine solidarische gerechte Gesellschaft oder für demokratischen Sozialismus erscheinen. In der Tat ist zunächst der zu erstrebende Inhalt einer zweiten Großen Transformation mit diesen oder ähnlichen Begriffen zu kennzeichnen. Doch eine gerechte Gesellschaft oder demokratischen Sozialismus als transformatorischen Prozess aufzufassen, macht erheb-

lichen Sinn im Unterschied zu ihrem möglichen Verständnis als bloße Reformfolge in sozialdemokratischer Tradition oder als Resultat der Revolution nach kommunistischer Lesart.

Erstens

umschließt eine zweite Große Transformation eine umstürzende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Menschen, zwischen ihren Klassen und sozialen Gruppen: Eine Gesellschaft der individuellen Freiheit, in der jede und jeder in sozial gleicher Weise an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Solidarität teilhaben - das ist der Grundgedanke des demokratischen Sozialismus. Das ist die Leitidee nicht erst für eine künftige Gesellschaft, sondern für den transformatorischen Prozess, der mitten in der bürgerlichen Gesellschaft beginnt und über sie hinausführen wird.

Individuelle Freiheit - genau dies entspricht dem allgegenwärtigen Wunsch der einzelnen, über ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen. „Es gibt im Westen der Welt wohl kaum einen verbreiteteren Wunsch als den, ein eigenes Leben zu führen. Wer heute in Frankreich, Finnland, Polen, der Schweiz, in England, Deutschland, Ungarn, in den USA und Kanada herumreist und fragt, was die Menschen wirklich bewegt, was sie anstreben, wofür sie kämpfen, wo für sie der Spaß aufhört, wenn man es ihnen nehmen will, dann wird er auf Geld, Arbeitsplatz, Macht, Liebe, Gott usw. stoßen, aber mehr und mehr auf die Verheißungen des eigenen Lebens ... Mit nur leichter Übertreibung kann man sagen: Das alltägliche Ringen um das eigene Leben ist zur Kollektiverfahrung der westlichen Welt geworden.“ (Beck, 1997: 9)

Sozial gleiche Teilhabe an allen Gütern und Lebensbedingungen, die die Voraussetzung solcher Freiheit sind - genau dies entspricht den Gerechtigkeitsvorstellungen großer Bevölkerungsteile, ist aber durch den profitdominierten Marktmechanismus ausgeschlossen. Bedingungen freier Persönlichkeitsentfaltung sind existenzsichernde sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Leistungen des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherungssysteme,

demokratische Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungen und Umweltgerechtigkeit in einer befriedeten Welt. Die sozial gleiche Teilhabe an diesen Grundgütern für jede und jeden ist die Grundlage individueller Freiheit. Deshalb können diese Güter Freiheitsgüter genannt werden. Immer gilt, dass solche Gerechtigkeit in allen Fragen Geschlechtergerechtigkeit einschließt.

Solidarität ist die Bedingung, um soziale Gleichheit erkämpfen zu können, sie ist die Voraussetzung globaler Kooperation als einer Zentralidee zur Lösung der Menschheitsprobleme des 21. Jahrhunderts (Bahr, 2008: 264). Doch die neoliberale Entfesselung der Weltmarktkonkurrenz und des Überlebenskampfes aller gegen alle steht dazu in scharfem Gegensatz.

Frieden weltweit, das ist der Traum der Menschheit, der im Irak, in Afghanistan, in vielen anderen Ländern täglich verglüht und doch die elementarste Lebensbedingung bleibt.

Zweitens

gehört zum Inhalt der kommenden alternativen Transformation Nachhaltigkeit durch sozialökologischen Umbau, d.h. eine Revolution im Verhältnis von Gesellschaft und Natur. Dies ist neben einer gerechten Umwälzung der Verhältnisse zwischen den Menschen der andere große Grundprozess einer künftigen Transformation. Genauer, der Wandel der gesellschaftlichen Produktions- und Lebensweisen muss so erfolgen, dass er den Übergang zu einem neuen Verhalten der Gesellschaft zur Natur einschließt. Gesellschaftliche Verhältnisse müssen in Zukunft stets als gesellschaftliche Naturverhältnisse verstanden werden.

Das erfordert eine fundamentale Erweiterung linker Programmatik und eine neue Zentralität der Umweltpolitik als zentrale Achse linker Politik. Das gilt auch für linke Parteien. DIE LINKE hat auf diesem Überlebensfeld die starke Herausforderung durch die Grünen im deutschen Parteienspektrum noch nicht angenommen. Sie hat dafür jedoch eine strategische und konzeptionelle Chance. Die Grünen verstehen den von ihnen angestrebten Green New Deal als grünen Kapitalismus. Es ist der Markt- und Pro-

fitmechanismus, der eine nachhaltige Entwicklung bewirken und orientiert auf grüne Technologien Arbeitsplätze schaffen soll. Die Chance der LINKEN besteht darin, im Unterschied zu den Grünen auf die für einen sozialökologischen Umbau notwendigen Veränderungen der Eigentums-, Verfügungs- und Verteilungsverhältnisse zu drängen, die Profitdominanz in Frage zu stellen, eine Überschätzung marktkonformer Instrumente wie die totale Verpreisung und Zertifizierung der Natur zu vermeiden, aber durchaus marktliche Instrumentarien in politisch gesetzte, demokratisch erarbeitete Ziele und Standards, in Strukturpolitik, Ge- und Verbote einzufügen und konsequent für soziale Gerechtigkeit als Bedingung des ökologischen Strukturwandels zu wirken. Green Democratic Socialism ist eine wirkliche Alternative, vorzustellen als zugleich sozialer und ökologischer Transformationsprozess.

Ein zentrales Problem einer sozialökologischen Transformation, das hier nicht näher behandelt wird, weil es den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde und im Übrigen noch nicht genügend Bearbeitung erfahren hat, ist der notwendige Abschied vom bisherigen Wachstum in den Industrieländern und der Übergang zu nachhaltiger Entwicklung (Binswanger, 2006; Bischoff u.a., 2006; Falkinger, 1986; Reuter, 2000; Zinn, 2002; Zinn, 2008). Die der Kapitallogik entsprechende herrschende Politik, aber auch das Konzept eines grünen Kapitalismus setzen auf ein erneuertes Wachstum als entscheidendes Medium für Problemlösungen. Die Linke, vor allem die Gewerkschaften, haben in ihrer gesamten Geschichte stets im Wirtschaftswachstum die bestmögliche Bedingung für Verteilungskämpfe zu ihren Gunsten gesehen. Der Staatssozialismus sollte durch höheres Wachstum den Kapitalismus besiegen. Aber das Wachstum, das in seiner kapitalistischen Gestalt einen nie zuvor gekannten Reichtum hervorgebracht hat, ist zur existenziellen Bedrohung unserer natürlichen Lebensbedingungen geworden.

Das Wachstum zerstört die Biosphäre. Bis zum Jahr 2050 muss der Verbrauch von fossilen Energieträgern und anderen wichtigen Rohstoffen im Vergleich zu 1990 auf mindestens 20 Prozent gesenkt werden. Selbst bei einem jährli-

chen Null-Wachstum würde das eine Steigerung der Materialproduktivität oder Effizienz auf das Fünffache erfordern. Ein Prozent Wirtschaftswachstum würde eine solche Steigerung auf das Achtfache, 2 Prozent Wachstum auf das 13-Fache, 2,5 Prozent auf das 17-Fache und die von McKinsey für Deutschland angepeilte Wachstumsmarke von 3 Prozent sogar eine Erhöhung der Materialproduktivität auf das 22-Fache erfordern. Sollte angesichts der in schnellerem als noch vor kurzem angenommenen Tempo verlaufenden Klimaveränderungen eine Senkung des Verbrauchs fossiler Energieträger und anderer Grundressourcen auf 10 Prozent in den Industrieländern unabdingbar werden, würde das eine Steigerung der Materialeffizienz auf das 34-Fache bis 2050 erfordern (Witt, 1998; Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), 2000: 124). Das erscheint jedoch trotz aller umwelttechnischen Innovationen ausgeschlossen. Wachstum frisst die Entlastungen durch die Verbesserung der Ressourceneffizienz wieder auf, wenn die Rate der Effizienzsteigerung nicht bedeutend viel höher als die Rate des Wirtschaftswachstums ist (Rebound-Effekt). Aber die Verbesserung der Materialproduktivität ist nicht grenzenlos und nicht in beliebigem Tempo möglich. Die absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch stößt auf Grenzen. Deshalb schlussfolgert das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie: „Eine Gesellschaft, die zukunftsfähig werden will, muss sich mit der Möglichkeit auseinandersetzen, dass schon sie selbst und ebenso die kommenden Generationen mit weniger und schließlich ohne Wirtschaftswachstum auskommen müssen.“ (Wuppertal Institut, 2008: 112 f.) Die Scheidewegkonstellation zu Beginn des 21. Jahrhunderts verläuft nicht zuletzt zwischen Zerstörung der Biosphäre durch das Festhalten am Wirtschaftswachstum und Einstieg in eine nachhaltige Entwicklung der Industrieländer ohne Wirtschaftswachstum.

Nicht weniger wichtig als ein enormer Schub der Entwicklung von Effizienztechnologien wird ein Übergang zu nachhaltiger Entwicklung sein und einen einschneidenden Wandel der Lebensweisen erfordern. Der materielle Verbrauch der Bessergestellten wird sinken -

zugunsten höherer Lebensqualität für alle durch mehr und anspruchsvollere Bildung und Kultur, durch Arbeitszeitverkürzung und sinnvolle Freizeitnutzung sowie solidarische zwischenmenschliche Beziehungen.

Materielle Einschränkungen für die Bevölkerungsmehrheit werden durch Umverteilung zu Lasten der Reichen und Superreichen in Grenzen gehalten werden können - vorausgesetzt dies wird in den zu erwartenden heftigen Verteilungskämpfen erstritten. Bei Andauern der gegenwärtigen Schwäche der Lohnabhängigen werden die Tendenzen zur Wachstumsstagnation hochgradig zu deren Lasten wirken.

Die Tiefe der Einschnitte für die Konsumenten wird sich - wiederum entsprechende Kämpfe vorausgesetzt - auch dadurch erheblich begrenzen lassen, dass Reichtumsverluste und solche Formen des Wirtschaftswachstums überwunden werden, die für die meisten Menschen gegenwärtig mit Wohlstandsverlusten identisch sind. Dazu gehören riesige Verluste von bereits Geschaffenem durch Kriege, Umweltzerstörung und Krankheiten. Dazu gehört, dass Reichtum in solchen Formen produziert und bewegt wird, die für die meisten Menschen einen Abzug von dem bedeuten, was sie wirklich brauchen. Das betrifft u.a. Investitionen in Billionenhöhe in Finanzprodukte und Werbung, Rüstungsproduktion, den Umsatz von Hunderten Milliarden im Bereich des organisierten Berufsverbrechens, der Kriminalität und Korruption und Verluste durch die Normalität der Wegwerfgesellschaft (Klein, 2006).

Eine solidarische nachhaltige Gesellschaft der Zukunft in den Industrieländern wird auf einem neuen Entwicklungspfad jenseits der Wachstumsgesellschaft den Schwellen- und Entwicklungsländern Umweltraum für deren Wachstum frei machen und ihnen mit diesem neuen Entwicklungspfad zugleich eine Alternative bieten, um den Weg des Westens mindestens nicht bis zum bitteren Ende nachzuvollziehen.

Dieser Übergang vom herkömmlichen Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung birgt tiefste Einschnitte in die Lebensweise jeder und jedes Einzelnen, bedeutet Brüche mit Werten und Alltagsmustern, die seit Jahrhunderten ver-

innerlicht wurden, verlangt Kulturbrüche und Zeit, die eigentlich nicht mehr zur Verfügung steht. Dieser Übergang wird dem demokratischen Sozialismus Charaktere verleihen, die die Mütter und Väter sozialistischer Visionen noch nicht ahnen konnten und die erst gefunden werden müssen.

Der Profit- und Marktmechanismus vermag eine Einheit von Freiheit und Gleichheit nicht herzustellen. Er produziert das Gegenteil von Solidarität. Er zerstört die natürlichen Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft. Das Marktversagen wird daher durch eine zentrale Stellung des Öffentlichen in einer zweiten Großen Transformation beantwortet werden müssen. Anders werden die Millenniumsaufgaben des 21. Jahrhunderts nicht lösbar sein: die Überwindung von Kriegen, Hunger und Elend in der Welt, von Analphabetismus und Statusabhängigkeit der Bildung, von Mangelkrankheiten, ungerechter Teilhabe am Umweltraum und an gesellschaftlichen Entscheidungen. Das bedeutet:

Drittens

In der Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft wird das Öffentliche - öffentliche Güter, öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliches Eigentum, öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung, öffentliche Räume und Teilhabe der Öffentlichkeit an Entscheidungen - zur *conditio sine qua non* für individuelle Freiheit. Es wird zum Medium der Solidarität, weil es Teilhabegerechtigkeit an elementaren Lebensbedingungen oder Freiheitsgütern wie Bildung, Gesundheit und Mobilität zu bieten vermag. Das Öffentliche wird zum Halt der Einzelnen gegen eine Zukunft der Entsicherung und Ausgrenzung. Nicht zuletzt schließt das Öffentliche den Schutz globaler öffentlicher Güter ein: der Stabilität der Biosphäre und besonders der Klimastabilität, des Friedens und der menschlichen Sicherheit gegen Armut, Hunger und behandelbaren Krankheiten.

Das linke Projekt der Transformation zu einer gerechten Gesellschaft erfordert daher die Rückgewinnung, Stärkung und Gestaltung des Öffentlichen als Klammer zwischen den Einzel-

nen in der Gesellschaft, zwischen Ich und Wir. Wer individuelle Selbstbestimmung will, muss die Ausweitung und Gestaltung des Öffentlichen wollen. Das Projekt des Neoliberalismus ist die Individualisierung aller gegen alle. Das Projekt der Linken ist die Individualität aller durch Teilhabe am Öffentlichen für alle. Die von allen anderen Bundestagsparteien außer der LINKEN mitgetragene Privatisierungspolitik schließt eine zentrale Stellung des Öffentlichen in ihrer Programmatik und politischen Praxis aus.

Sowohl die erstrangige Bedeutung der Bereitstellung von Freiheitsgütern für alle als auch im Besonderen die dringliche Ausweitung öffentlicher Daseinsvorsorge verweisen darauf, dass emanzipatorische Alternativen tiefgreifende sozialökologische Strukturumwälzungen in der Gesellschaft umfassen: beispielsweise Veränderungen in den Proportionen zwischen allgemeinen Reproduktionsbedingungen (Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Fürsorge für Ältere und gesundheitlich Belastete, Kultur, soziale Sicherungssysteme, Mobilität) und individuellem Konsum, zwischen dem Produktionssektor und dem Dienstleistungssektor; einen Umbruch von einer fossilen zu einer solaren Energiewirtschaft; Rüstungskonversion; Übergang zu umweltverträglichen Lebensweisen; Neutarierung des Verhältnisses zwischen Binnen- und Exportmärkten, zwischen Inlandsverbrauch und solidarischer Unterstützung von Entwicklungsländern. Deshalb ist das in ihrem Bundestagswahlprogramm 2009 festgeschriebene Vorhaben der Linkspartei, als finanziellen Unterbau gesellschaftlicher Strukturpolitik ein jährliches öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro und einen mit 100 Millionen Euro ausgestatteten Zukunftsfonds für sozialökologische Unternehmensprojekte durchsetzen zu wollen, ein wichtiger Ansatz für öffentliche Regulierung anstelle des Marktradikalismus.

Viertens

Das geistig-politische Wirken der Linken für einen emanzipatorischen Transformationsprozess hat seinen Bezugspunkt nicht in der bloßen gedanklichen Konstruktion einer schönen neuen Welt. Links sein heißt, dort zu sein, wo an Pro-

jekten für ein besseres Leben gearbeitet wird. Das heißt, für die Mobilisierung alternativer Akteure durch eigene Teilnahme an deren Engagement, für deren Vernetzung zu veränderungsmächtigen Bewegungen, Allianzen und Bündnissen in den Kämpfen um bessere Zukünfte zu wirken. Beschwörungen einer besseren Welt allein reichen nicht aus. Sicher kann die medial wirksame Präsentation von Bildern einer gerechten und solidarischen Gesellschaft zu veränderndem Denken und Handeln beitragen. Aber wenn sie wie beispielsweise die Global Scenario Group im Umfeld des Stockholm Environment Institute in ihrer Studie „Great Transition“ (Global Scenario Group, 2003: 14) die Vorstellung suggerieren, der notwendige Wandel sei schon im vollen Gange und die Verantwortlichen für die Krisen in der jüngsten Vergangenheit seien bereits dabei, zu Erdenrettern zu mutieren, enthalten sie auch Tendenzen zur Blockierung der notwendigen Transformationsprozesse.

Ein Zwischenfazit zum Inhalt einer zweiten Großen Transformation kann wie folgt formuliert werden: Der Inhalt der Karl Polanyi beschriebenen ersten Großen Transformation war der Übergang vom Feudalismus zur kapitalistischen Warengesellschaft und die volle Entfaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Der Inhalt einer zweiten Großen Transformation wird der Übergang zu einer Gesellschaft sein, die die strukturellen Grunddefizite des Kapitalismus überwindet und deshalb gerecht, solidarisch und nachhaltig orientiert ist. Eine solche Gesellschaft wird hier als demokratischer Sozialismus bezeichnet. Er wird beschrieben als Komposition von

- Freiheit durch Gleichheit und Solidarität,
- sozialökologischem Umbau,
- Verteidigung und Ausweitung des Öffentlichen,
- Mobilisierung von Akteuren für eine gerechte Gesellschaft.

Jean François Lyotard hatte Ende der siebziger Jahre als Merkmale der Postmoderne das „Ende der großen Erzählungen“ verkündet. Das hinderte den Neoliberalismus jedoch nicht an

der Fortsetzung seiner Erzählung von der Lösung der Weltprobleme durch entfesselte Märkte. Linke Alternativen kommen heute in einem vielstimmigen Konzert eigener Standpunkte und Ansätze daher. Eine Herausforderung für die sozialistische Linke ist, ihre eigene große Erzählung vom Sozialismus, die von der Realität des Staatssozialismus gründlich diskreditiert wurde, als Erzählung eines von Grund auf erneuerten demokratischen und libertären Sozialismus so wieder aufzunehmen, dass Anschlüsse zu anderen progressiven Erzählungen und Allianzen mit ihren Trägern hergestellt werden. Dies ist umso dringlicher, als keineswegs sicher ist, dass die neoliberale Erzählung die gegenwärtigen Krise nicht überlebt. Der Verlust ihrer hegemonialen Stellung als Ideologie ist jedoch nicht auszuschließen und wird von vielen als wahrscheinlich angesehen.

Die Erzählung der Linken gibt Antworten auf die einfache Frage „Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können?“ (Die Linke.PDS, 2005: ff.) Diese Frage bestimmt den roten Faden linker Programmatik. Sie könnte eine Dauerfrage im öffentlichen Auftritt der Linken samt ihrer Antworten darauf werden.

Demokratischer Sozialismus hat - unter der bisher nicht eingelösten Voraussetzung, den vielschichtigen emanzipatorischen Gehalt dieses Begriffs tatsächlich vermitteln zu können! - durchaus das Zeug, eine Gesellschaftsalternative zum Kapitalismus begrifflich auf den Punkt zu bringen und zum Inhalt einer zweiten Großen Transformation zu werden.

DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION - EIN PROZESS

Die künftige andere Gesellschaft wurde in der Geschichte der Linken in der Regel entweder als Hineinwachsen in die neue Gesellschaft auf dem Wege von Reformen oder als Läuterung und Humanisierung des Kapitalismus oder als das Resultat eines großen Aktes der Revolution erwartet. Demokratischen Sozialismus als transformatorischen Prozess zu verstehen, bedeutet Aufhebung beider Ansätze in einer linken Transformationstheorie und deren Realisierung in einer Praxis dialektischer Verflechtung reforme-

rischer und revolutionärer Veränderungen.

Generationen von sozialdemokratischen Reformern haben an den theoretischen Grundlagen von Reformwegen gearbeitet. Sie haben die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften als grundsätzlich unbegrenzt gestaltbar in demokratischer und sozialer Richtung betrachtet. Sie konnten durch Reformen politische Freiheiten, beachtliche Verbesserungen für die Lohnabhängigen und sozialstaatliche Sicherungssysteme erringen, ohne die Profitdominanz und die ihr zugrundeliegenden Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen. Aber die Polarisierung zwischen Reich und Arm, die Ausbeutung großer Teile der Erdbevölkerung, verheerende Krisen, Kriege und die akute Gefährdung der Biosphäre wurden nicht verhindert.

Generationen von Kommunisten haben sich an einer Revolutionstheorie orientiert, in der die westlichen Gesellschaften reduziert auf ihre kapitalistische Grundstruktur betrachtet wurden. Ihre Evolutionspotenziale wurden in der kommunistischen Orthodoxie negiert und größere Verbesserungen erst jenseits des Rubikon der Revolution erwartet. Im Westen führte das die Kommunisten in die Isolierung. Die kommunistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts haben die kapitalistische Unterdrückung durch parteimonopolistische Strukturen ersetzt, mehr soziale Gleichheit, eine breite Volksbildung und Fortschritte der Geschlechtergleichstellung gebracht, individuelle Freiheit aber radikal beschränkt, die Umwelt mehr als der Kapitalismus zerstört und durch eine zentralistische Wirtschaftsregulierung Innovationen so begrenzt, dass der Staatssozialismus in Europa schließlich auch ökonomisch scheiterte.

In der Geschichte der Linken haben sich Reformisten und Revolutionaristen stets bekämpft und die Linke damit geschwächt. Reform und Revolution galt ihnen als antagonistisch und wurde in der Regel ohne jede Vermittlung gedacht. Eine linke Transformationstheorie lässt dieses antinomische Denken hinter sich.

Erstens

ist es für emanzipatorische Transformationsprozesse kennzeichnend, dass sie Reformen mit

Umwälzungen revolutionärer Tiefe verbinden können. Die Stärke des Reformismus ist, dass er durch eine lange Folge vieler realisierbarer Teilreformen Wandel ermöglicht. Die Schwäche des Reformismus ist, dass er vor der Veränderung kapitalistischer Grundstrukturen, Eigentums- und Machtverhältnisse zurückschreckt. Der erreichbare Wandel bleibt daher durch die kaum angetastete Profitdominanz begrenzt.

Die Stärke revolutionärer Konzepte ist, dass sie auf die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zielen und auf Konsequenz der notwendigen Veränderungen dringen. Ihre Schwäche ist, dass sie die in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften möglichen Reformen gering und allenfalls als Instrumente zum Heranführen der Massen an die erhoffte Revolution schätzen.

Eine linke Transformationstheorie vermag die Schwächen beider Konzepte gesellschaftlicher Erneuerung zu überwinden und ihre Stärken in sich aufzuheben. Reform und Revolution schließen einander nicht kategorisch aus. Revolutionäre Veränderungen können zwar in Gestalt plötzlicher Brüche auftreten, umschließen aber selbst in solchem Fall zugleich eine Vielzahl von Reformschritten, in denen tiefe Brüche nur einen Teil der Veränderungen bewirken. Reformen, deren Reichweite unter der Voraussetzung andauernder Veränderungen der Kräfteverhältnisse zugunsten weitergehender Forderungen schließlich per saldo die Tiefe revolutionärer Veränderungen erreichen, sind nicht deren totaler Gegenpol.

Eine gerechte, solidarische und nachhaltige Friedensgesellschaft, die als demokratischer Sozialismus bezeichnet werden kann, ist nicht allein als künftige Gesellschaftsordnung im Jenseits von gegenwärtigen Verhältnissen zu erwarten, sondern ist ebenso als Ziel wie als Entwicklungsprozess zu verstehen, dessen Elemente bereits im Heute Konturen gewinnen und der bereits für das gegenwärtige alternative Handeln orientierende Bedeutung hat.

Zweitens

Dadurch kann demokratischer Sozialismus zu einer irdischen Angelegenheit für alle werden, die heute und nicht irgendwann von einer linken

Politik vor allem Verbesserungen ihrer gegenwärtigen Arbeits- und Lebenswelten erwarten - lange bevor der Kapitalismus an sein Ende gelangt sein wird. Transformation meint aber zugleich, die gegenwärtig realisierbaren Reformen für Schritte über den Kapitalismus hinaus zu öffnen. Transformation bedeutet, eine Hoffnung und Vision in das Heute Machbaren hineinzuholen. Sie überwindet die Selbstbeschränkung auf nächste Schritte, ohne sie in Illusionen aufzulösen. Ein Transformationskonzept kann sich als mobilisierungsfähiger erweisen als einzelne Reformvorstellungen ohne Perspektive oder als eine Utopie, die die Gegenwart nicht verändert.

Drittens

eröffnet ein Transformationsprozess die Chance, eingewurzelte Abgrenzungen unterschiedlicher Linker gegeneinander besser überwinden zu können. Die Konzentration der einen auf Protest und Widerstand gegen das Bestehende, der anderen, der „Pragmatiker“, auf gegenwärtig realisierbare Teilschritte und der „Revolutionaristen“ auf die Propagierung einer künftigen sozialistischen Ordnung werden als unterschiedliche Beiträge zu einem einheitlichen Gesamtprozess begreifbar, zwischen dessen Exponenten Brücken geschlagen werden können, weil es um die widersprüchlichen Momente ein und desselben Prozesses geht. Die Veränderungspotenziale außerparlamentarischer Kämpfe, parlamentarischer Arbeit und des Wirkens in Regierungen können durch den Bezug aufeinander und durch die bewusste Bindung an einen emanzipatorischen Transformationsprozess größere Kraft gewinnen als bei einer Abgrenzung ihrer Akteure und Strategien gegeneinander. Reformen *im* Kapitalismus und Umbrüche *über ihn hinaus* erscheinen reformistisch und revolutionaristisch betrachtet als gegeneinander abgeschottet. Transformatorisch denkend und handelnd sind beide Entwicklungen als ein einheitlicher Prozess mit vielen Übergängen gestaltbar.

Viertens

eröffnet die Einstellung auf einen voraussichtlich längeren Prozess der Transformation die Möglichkeit breiter Bündnisse. In Zeiträumen, in denen eine vollständig andere Gesellschaft noch gar nicht die Aufgabe sein kann, können Bündnisse für Teilziele zustande kommen, in denen radikale Akteure und gemäßigte Kräfte, die nicht mehr als einen besseren Kapitalismus wollen, zusammen gehen. In solchen Phasen können zur Abwendung globaler Gefahren für die Menschheit sogar Allianzen der Mehrheit mit strategisch denkenden Fraktionen der Machteliten zustande kommen, auch wenn diese die möglichen Teilschritte sozialen oder ökologischen Wandels vor allem als Chance ihrer Herrschaftssicherung begreifen.

DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION - BÜNDNISSE UND DEMOKRATIE

Aus den Inhalten einer emanzipatorischen Transformation und aus ihrem Prozesscharakter ergibt sich, welche Bündnisse ihre Basis bilden können. Die Reformen in der Phase des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, die Ralf Dahrendorf als Epoche der Sozialdemokratie bezeichnete, stützten sich auf ein Mitte-Oben-Bündnis. Es waren - ob rekrutiert aus sozialdemokratischen Parteien, aus der Demokratischen Partei Präsident Roosevelts in den USA oder in manchen Ländern unter dem Druck der Umstände auch aus konservativen Parteien - die Regierungen von oben und die breite gesellschaftliche Mitte, insbesondere die qualifizierten männlichen Facharbeiter und ihre Gewerkschaften, die als Träger der klassischen sozialdemokratischen Reformen agierten. Frauen, überwiegend vom männlichen Familienernährer abhängig, war eher eine passive Rolle zugeordnet. Die unteren Schichten wurden durch soziale Sicherungssysteme eher ruhig gestellt, als aktive Bündnispartner zu sein. Diese soziale Basis sozialdemokratischer Reformpolitik erklärt sowohl ihre über mehrere Jahrzehnte beachtlichen Erfolge wie auch ihre Grenzen.

Künftige Transformationsprozesse haben eine andere soziale Basis. Ihre Chance ist ein de-

mokratisches und solidarisches Mitte-Unten-Bündnis. Michael Brie hat gestützt auf die Studie von Rita Müller-Hilmer für die Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesellschaft im Reformprozess“ (Müller-Hilmer, 2006) und auf Gero Neugebauers Arbeit „Politische Milieus in Deutschland“ (Neugebauer, 2007) herausgearbeitet, dass unter den dort untersuchten politischen Milieus, die vereinfacht in sechs Gruppen zusammengefasst werden können, mindestens drei große Gruppen ein Interessenbündnis für eine Transformation zu einer solidarischen und nachhaltigen Gesellschaft eingehen können. Das sind die sozial-libertäre Mittelschicht, bedrohte Kernbelegschaften und subproletarische Gruppen bzw. das moderne Prekariat (Brie, 2007: 13 - 45; Institut für Gesellschaftsanalyse 2/2009: 10 ff.). Die Möglichkeit eines breiten historischen Blocks dieser politischen Milieus und weiterer Kräfte ergibt sich daraus, dass die in Abschnitt 3 skizzierten zu erstrebenden Charaktere einer solidarischen gerechten Gesellschaft als der Inhalt einer emanzipatorischen Transformation den Interessen durchaus unterschiedlicher sozialer Gruppen einer Bevölkerungsmehrheit entsprechen. Aber das bleibt eine bloße Möglichkeit, solange die Linke nicht in der Lage ist, ihre Transformationsvorstellungen als ein attraktives Gesellschaftsprojekt für das ganze Spektrum potenzieller Akteure zu präsentieren, das ebenso Lösungen für die dringlichen gegenwärtigen Probleme wie für lebenswerte Perspektiven bietet. Aber selbst wenn dies gelänge - und viele Ansätze eines solchen Projekts existieren ja bereits - würde dies für die Entscheidung von Mehrheiten zu aktiver Unterstützung eines solchen Transformationsprojekts noch nicht ausreichen. Zweierlei muss dazu kommen: dass bei den Linken und anderen demokratischen Exponenten einer solidarischen Gesellschaft die - zumindest potenzielle - Macht erkannt wird, ein solches Projekt tatsächlich durchzusetzen und dass ihnen auch die Sachkompetenz dafür zuge- traut wird. Beides trifft für die Linke in Deutschland und auch in Europa gegenwärtig nicht zu. Die Linke in Europa ist zurzeit kein hegemoniefähiger Akteur, anders als sich dies in einer Reihe lateinamerikanischer Länder abzeichnet.

Als zentrale Aufgabe für den Einstieg in eine zweite große Transformation ergibt sich daher für die Gesamtheit aller linken Kräfte, an einem breiten Mitte-Unten-Bündnis zu arbeiten. Das erfordert

- „eine lange nicht mehr (noch nie?) gekannte Bereitschaft zur Kooperation und Kommunikation nicht nur zwischen diesen Strömungen (innerhalb der Linken - D.K.), sondern zwischen allem, worin sie sich ausdifferenzieren: Handlungsräumen und -optionen, Modi ihrer Reflektion, national wie international auszuspielende Strategien, strategischen Bündnissen, politischen Konzepten und möglichen alternativen Projekten.“ (Seibert, 2009: 7)
- die Kompetenz alternativer Akteure auf den verschiedensten Politikfeldern erheblich zu stärken, sie in konkreten Projekten zur Lösung brennender Probleme im Interesse der unteren Schichten der Gesellschaft und ihrer Mitte zur Geltung zu bringen und dabei „alltägliche Praxen (nach links - D.K.) zu verschieben.“ (Brand, 2009: 43)
- den konkreten Kämpfen eine gemeinsame Richtung zu geben, bestimmt durch ein attraktives linkes Gesellschaftsprojekt als Alternative zum Kapitalismus. Denn: „wir müssen uns eine Alternative vorstellen können, wenn wir etwas verändern wollen.“ (Ceceña, 2009: 20)

Eine zweite Große Transformation wird nur als ein von der Mehrheit getragener Prozess demokratischer Erneuerung gelingen oder gar nicht.

DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION - DAS ZEITFENSTERPROBLEM

Eine künftige Transformation, die einen solidarischen Wandel schon unter den gegebenen bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen einleitet, aber nach den Erwartungen großer Teile der Linken zur Überwindung der Profitdominanz in der Gesellschaft führen soll, enthält einen tiefen Widerspruch. Eine solche Transformation ist voraussichtlich ein langer Such- und Lernpro-

zess im Verlauf andauernder Kämpfe gegensätzlicher Klassen und sozialer Gruppen. Aber im Widerspruch zu dieser Langfristigkeit haben sehr weitreichende Schritte zur Abwendung einer Klimakatastrophe, anderer Umweltgefahren und des Todes vieler Millionen Menschen durch Hunger, Mangelkrankheiten, Umweltzerstörung und Kriege in den armen Ländern äußerste Dringlichkeit. Nach der Überzeugung einer großen Mehrheit der Klimaforscher verbleibt der Menschheit nur ein kurzes Zeitfenster von einer bis anderthalb Dekaden, um vor allem den Umschlag des Klimawandels in eine Klimakatastrophe mit weitreichenden Veränderungen gerade noch - wenn auch bereits mit schwersten Schäden - abzuwenden. In dieser Zeit wird die Macht der gegenwärtig Herrschenden nicht gebrochen und das die Umwelt zerstörende Profitsystem nicht überwunden sein.

Ist es vorstellbar, dass eine die Klimastabilität rettende Veränderung im Verhältnis der Gesellschaft zur Natur, die nicht ohne erhebliche Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst möglich ist, als wesentlicher Teil kommender Transformation zeitlich schneller verlaufen kann als voraussichtlich die Herausbildung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft? Kann es gelingen, im Kampf gegen die zerstörerische Politik der Herrschenden weitsichtigen und verantwortungsfähigen Teilen der Machteliten politische Veränderungen und Kompromisse abzurufen, die zu Lösungen von Menschheitsproblemen wie einer solaren Energierevolution und einer Klimawende und der Abschaffung aller Atomwaffen führen?

Nicht wenige Linke lehnen die Vorstellung solcher die Klassenüberschranken überschreitenden Überlebenspakte als unrealistisch ab. Susan George beispielsweise schrieb: „Es wäre auch eine

Illusion zu glauben, dass die transnationalen Konzerne und die reichen Staaten zumindest dann ihre Haltung ändern würden, wenn sie endlich begreifen, dass sie das Leben auf dem Planeten, auf dem wir alle leben müssen, zerstören. Von allen Glaubenssätzen ist dieser vielleicht sogar der schädlichste ... Wie ich sehe, können sie nicht aufhören, auch wenn sie es

wollen, auch nicht um der Zukunft ihrer eigenen Kinder willen. Der Kapitalismus ist das berühmte Fahrrad, das immer in Schwung bleiben muss, wenn es nicht fallen soll, und die Konzerne stehen in Konkurrenz zueinander, um zu sehen, wer am kräftigsten in die Pedale treten kann, bevor er an die Wand fährt.“ Doch die Frage ist, ob dies nicht eine zu ökonomistische Sicht ist, ob nicht die Wirkungsweise und Wirkungsintensität ökonomischer Gesetze durch Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse, durch einen Wandel kultureller Auffassungen und rechtliche Rahmengenbungen erheblich modifiziert werden können.

Ähnlich wie Susan George schließen z.B. Neil Smith (Smith, 2008), Paul Burkett (Burkett, 2006), Victor Wallis (Wallis, 2008), Tazio Müller und Stefan Kaufmann (Müller / Kaufmann, 2009), Harald Welzer (Welzer, 2008), und Elmar Altvater (Altvater, 2009) die Öffnung des Tors zu ökologischer Nachhaltigkeit durch einen grünen Kapitalismus aus. „Die ‘Moderaten’ haben mit ihren hartnäckigen Versuchen, einem System, das zwangsläufig alles in seinem Wege Liegende niedertrampelt, ein ökologisches Heilmittel zu entlocken, jeden Realitätssinn verloren.“ (Wallis, 2008: 882) Andere Linke, die die unverzichtbare Kritik der Konzeption eines grünen Kapitalismus in einen transformatorisch-theoretischen Ansatz einbetten, widersprechen einem solchen ausschließlich antagonistischen Denken. (Wolf, 2009; 2009; Klein, 2009). Es gibt viele gute Gründe dafür, einen grünen Kapitalismus nicht für die Lösung der Umweltkrise zu halten. Doch dies ist nur die halbe Wahrheit. Denn die beweglichen Grenzen des Kapitalismus schließen nach allen historischen Erfahrungen stets erhebliche Anpassungspotenziale und Bewegungsspielräume innerhalb dieser Grenzen ein. Es ist nicht auszuschließen, dass Teilerfolge einer Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auch unter kapitalistischen Bedingungen erreicht werden können. Die Linke sollte diesen Möglichkeitsraum für den Einstieg in einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft nutzen. Statt sich in die Rolle von Verweigerern zu begeben, indem sie dem Kapitalismus die Potenzen für eine stärkere Umweltorientierung abspricht, sollte sie die Differenzen innerhalb des

herrschenden Blocks erkennen und daran ansetzend öffentlichen Druck auf die Verwirklichung vieler Bekenntnisse der Herrschenden zu nachhaltiger Entwicklung ausüben. Sozialökologischer Umbau sollte der Linken als entscheidende Seite einer zweiten Großen Transformation gelten.

Ein Green New Deal kann durchaus im Spannungsfeld zwischen einem vor allem von gefahren- bewussten Teilen der Machteliten getragenen grünen Kapitalismus mit den eben angedeuteten Widersprüchen und Grenzen beginnen, könnte aber im Maße der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zunehmend in einen sozialökologischen Umbau münden, der sich unter dem Druck von Gegenmächten demokratisch und solidarisch vollzieht. Der Green New Deal wäre selbst als ein Prozess aufzufassen, dessen sozialer Inhalt und umweltwirksame Reichweite sich verändern.

Gibt es historische Parallelen, die für die Möglichkeit klassenübergreifender Allianzen in Überlebensfragen der Menschheit oder für strategisches politisches Handeln von Teilen der Machteliten selbst gegen Grundtendenzen des Profitmechanismus sprechen?

Die Herausbildung des New Deal in den USA in den dreißiger Jahren kann nur teilweise als Parallele gelten. Es ging dabei nicht um ein globales Menschheitsproblem, wohl aber um die Bewahrung des kapitalistischen Systems nach der tiefen Erschütterung durch die Weltwirtschaftskrise 1929/32, um die von der Präsidentschaft Franklin Delano Roosevelts getragene „praktische Reaktion von oben auf das Versagen der herrschenden Klasse Amerikas“ (Carlson/Unger, 1992: 34, 29 ff.). Der New Deal war keine von vornherein geplante Strategie. Er wurde erzwungen durch eine tiefe Systemkrise, durch eine Delegitimierung des Big Business, durch die Wahlniederlage der bis dahin regierenden Republikaner. Er erwuchs aus einer Bewegung der Selbstorganisation der Arbeiter, beeinflusst vom Aufschwung sozialreformistischer Gedanken und stark geprägt von linksliberalen, zum Teil zuvor eher desinteressierten Intellektuellen, Künstlerinnen und Künstlern. Ein Teil der herrschenden Klasse sah sich widerstrebend gezwungen, gegen den erbitterten

Widerstand der konservativen Mehrheit der Machteliten nach und nach ein Bündel von Reformen durchzusetzen, das schließlich auf einen fordistischen Verteilungskompromiss hinauslief. Aber diese Entwicklung wurde erst stabilisiert, als im Angesicht des Aufstiegs des Hitlerfaschismus und des heraufziehenden Weltkrieges große Rüstungsprogramme die Wirtschaft aus der anhaltenden Depression herausführten.

Festzuhalten bleibt: eine herrschaftsbedrohende Krise, ein nach links rückendes öffentliches Bewusstsein, Druck der von tiefster Unsicherheit betroffenen Massen und demokratisches Engagement von Intellektuellen konnten eine Minderheit der Machteliten bewegen, gegen die Mehrheit der herrschenden Klasse den tiefsten Bruch der amerikanischen Geschichte, bezogen auf die politische Rolle des Staates und seine soziale Verantwortung, durchzusetzen.

Dass nach dem zweiten Weltkrieg die reformerischen Erfahrungen des New Deal und der wohlfahrtsstaatliche Weg skandinavischer Länder für Jahrzehnte im OECD-Maßstab in die Gestalt des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus einmündeten, war auf historisch besondere Wachstumsbedingungen und auch auf den äußeren Druck der Ost-West-Systemauseinandersetzung zurückzuführen.

Die meisten dieser konkret-historischen Bedingungen des New Deal sind heute nicht gegeben. Die herrschende Klasse hat im Management der gegenwärtigen Krise keineswegs so eklatant versagt wie 1929/32 (van der Pijl, 2009: 29 ff.). Sie hat einen Einbruch der Beschäftigung wie in der damaligen Krise, einen totalen Zusammenbruch des Finanzsystems und die Flucht in den Protektionismus weitgehend verhindern können. Die jüngste Krise hat sich nicht zu einer politischen Herrschaftskrise zugespitzt. Im Unterschied zur Krise 1929/32 haben die Gewerkschaften nicht an Kampfkraft gewonnen, sondern sie sind geschwächt. Nicht die Demokraten bzw. die Sozialdemokratie, sondern die Konservativen sind gegenwärtig in Europa auf dem Vormarsch. Aber sie haben - wie z.B. die Koalition von CDU/CSU und FDP in Deutschland - gelernt, mit mäßigen sozialpolitischen Zugeständnissen den Druck von unten zu kanalisieren. Roosevelts New Deal funktionierte nur ge-

stützt auf einschneidenden institutionellen Wandel: die staatliche Macht zu Eingriffen in den Markt wurde in einem weit höheren Maße als heute gestärkt, erst recht seit dem Eintritt in die Kriegswirtschaft. Die Gewerkschaften wurden damals weitgehend in administrative Regulierungsinstitutionen einbezogen. Solche Bedingungen sind gegenwärtig nicht gegeben. anders als in der Nachkriegszeit wirken heute keine extrem günstigen Wachstumsbedingungen und existiert schon gar nicht mehr der Druck einer mächtigen Gegenwelt wie früher die Sowjetunion.

Aber nicht die Stärke der konservativen Kräfte, sondern vor allem die Schwäche der Linken ist heute für die Lage in Europa kennzeichnend. Das kann sich ändern. In den USA erinnert das erklärte Programm Barack Obamas durchaus an das Projekt des New Deal - ohne sich allerdings auf eine kämpferische Arbeiterklasse stützen zu können. Die Implosion des Staatssozialismus hat die westlichen Machteliten zwar von einem äußeren Handlungsdruck befreit, hat ihnen aber auch den Kit inneren Zusammenhalts mittels des Verweises auf äußere Bedrohungen genommen. Die ökonomischen Spielräume, sich herangereiften Herausforderungen stellen zu können, sind heute erheblich größer als in der Krise 1929/32. Die Unterschiede zur Zeit des Roosevelt'schen New Deals sind also ambivalent und müssen nicht ein für allemal gegen eine mit der damaligen Zeit vergleichbare Lernfähigkeit der Machteliten sprechen.

Als eine weitere Erfahrung mit der Lernfähigkeit von Teilen der Machteliten unter Schock kann deren Handeln im zweiten Weltkrieg und in der Phase des „neuen Denkens“, der Rüstungskontrolle und Abrüstung gegen Ende des Kalten Krieges gelten. Die militärische Expansion Deutschlands und die Bedrohung der bürgerlichen Zivilisation durch den Faschismus führten zu einem Bündnis der Westmächte mit der gehassten Sowjetunion. Die lange Verzögerung einer zweiten Front im Westen gegen Hitlerdeutschland spiegelt das Widerstreben mächtiger Teile der Herrschenden gegen eine solche Allianz wider. Eric Hobsbawm schrieb über diese Klassen und Ideologien überbrückende Koali-

tion: „Wie sich herausstellen sollte, verliefen die entscheidenden Grenzen in diesem (internationalen – D.K.) Bürgerkrieg nämlich nicht zwischen Kapitalismus und der sozialen Revolution des Kommunismus als solchem, sondern zwischen zwei ideologischen Familien: auf der einen Seite die Nachkommen der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und der großen

Revolutionen, wozu natürlich auch die russische Revolution gehörte; auf der anderen Seite alle ihre Gegner. Die Grenze verlief also nicht zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zwischen dem, was das 19. Jahrhundert einerseits `Fortschritt` und andererseits `Reaktion` genannt hatte. (Inzwischen waren diese Begriffe nicht mehr ganz angemessen.)“ (Hobsbawm, 1994: 186 f.)

Im Krieg bewältigten die USA durch staatliche Lenkung in kürzester Zeit und unter Einbeziehung der Gewerkschaften die Umstellung großer Teile der zivilen Produktion auf Rüstungsproduktion. Im Rahmen des Manhattan-Projekts zur Produktion der amerikanischen Atombombe wurde über alle Konkurrenzschranken hinweg die Arbeit von mehr als hunderttausend Menschen in Hunderten von Wissenschaftseinrichtungen und Produktionsstätten zusammengeführt. Lester R. Brown schlussfolgerte: „Diese Mobilisierung von Ressourcen innerhalb von Monaten zeigt, dass ein Land, und gewiss auch die Welt, in der Lage ist, die Wirtschaft in kürzester Frist umzustellen, wenn die Überzeugung herrscht, dies sei eine Notwendigkeit.“ (Brown, 2008; 280).

Als nach dem zweiten Weltkrieg die militärischen und insbesondere die atomaren Potenziale der Kontrahenten des Kalten Krieges zwar ein Gleichgewicht des Schreckens sicherten, aber zugleich die Existenz großer Teile der Menschheit gefährdet und damit auch die Herrschaft der Mächtigen der Welt bedroht war, siegte schließlich das langfristige Überlebensinteresse auch von Teilen der herrschenden Klasse über die Aggressivität der Falken und die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes. Das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit konnte in Verträge über Rüstungskontrolle und in Abrüstungsvereinbarungen umgesetzt werden.

Festzuhalten ist: Wenn die Herrschaft der

Machteliten und die menschliche Zivilisation bedroht sind, sind realistische Teile der Eliten zu weitreichendem politischem Umsteuern der Wirtschaft und auch zu Arrangements selbst mit ihren ärgsten Gegnern fähig – wenn das Profitssystem selbst dabei bewahrt bleibt.

Für die Strategie der Linken, die Partei DIE LINKE eingeschlossen, hat dies erstrangige Bedeutung. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob anzunehmen ist, dass das Abwenden einer Klimakatastrophe, einer Beschleunigung des Artensterbens und anderer Umweltkrisen erst in einer Gesellschaft nach dem Kapitalismus erfolgreich sein kann - das heißt nach größten Katastrophen - oder ob bei erheblicher Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ein Übergang von der neoliberalen Entwicklungsphase des Kapitalismus zu einer postneoliberalen Phase eines grünen Kapitalismus erfolgt. Im zweiten Fall sind die Chancen für einen Einstieg in den notwendigen sozialökologischen Umbau größer, weil Fortschritte auch von Teilen der Machteliten mitgetragen werden können.

Beim Vergleich der Bedrohung auch der westlichen Machteliten durch den faschistischen Aggressionskrieg und später durch die Möglichkeit eines Atomkrieges mit der Gefahr einer Klimakatastrophe, den Folgen dezimierter Artenvielfalt und von anhaltender Armut in großen Erdregionen ist allerdings ein erheblicher Unterschied zu beachten: Die Gefahren heute sind mehr eine schleichende als eine so unmittelbare und sichtbare Bedrohung wie damals. Sie lassen sich weit eher verdrängen. Zumindest die Umweltgefahren werden nicht von feindlichen Mächten getragen, sondern wirken oft eher in unsichtbarer Weise. Das macht ein Lernen der Machteliten unter Schock wie 1929/32, wie im zweiten Weltkrieg oder unter dem Eindruck eines strategischen atomaren Gleichgewichts des Schreckens unwahrscheinlicher. Tatsächlich sind aber die großen Gefahren des 21. Jahrhunderts selbst für die Herrschenden eher größer als die des 20. Jahrhunderts. Der Klimawandel wird zudem schnell an Dramatik gewinnen. Die Kosten notwendiger Reaktionen darauf werden um so höher sein, je länger eine klimapolitische Wende ausbleibt. Die Störung der ökologischen Gleichgewichte wird die Be-

völkerung in den armen Ländern der Welt besonders schwer belasten und kann zu heftigsten Reaktionen führen. Die zu erwartenden Ölpreiserhöhungen werden sie ebenfalls besonders hart betreffen. Das könnte den Staatenzerfall in weiten Erdregionen verstärken und dem internationalen Terrorismus neue Anstöße geben. Ohnehin wird die Verflechtung unterschiedlicher Krisenprozesse und Instabilitäten anhalten. Die mögliche modifizierte Reproduktion eines neoliberalen Kapitalismus und erneute Finanzkrisen könnten schnell wieder zu Schocksituationen auch für die Herrschenden führen.

Auf dem Hintergrund der oben skizzierten Renaissance eines bürgerlich-humanistischen Verantwortungsbewusstseins ist nicht auszuschließen, dass bewegliche Fraktionen der Machteliten im Rahmen eines nur noch kurzen historischen Zeitfensters zu entscheidenden Schritten der Klimastabilisierung und der Minderung anderer Großgefahren gedrängt werden können. Die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse sprechen jedoch für berechtigte Zweifel daran.

Könnten sich verantwortungsvoll handelnde Kreise der herrschenden Klasse jedoch durchsetzen, so würde eine solche Entwicklung aus der Sicht der LINKEN Teil eines transformatorischen Prozesses werden können und das im Kapitalismus Mögliche „aufheben“ in einer weitreichenderen Perspektive neuer gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In diesem Sinne wäre ein Green New Deal ein Prozess sozialökologischen Umbaus, der in der postneoliberalen Phase eines angegrüneten Kapitalismus beginnt und in einer postkapitalistischen Entwicklung eine vollendetere Fortsetzung finden wird - als ein zentraler Wesenszug emanzipatorischer Alternativen oder des demokratischen Sozialismus. Geraume Zeit wäre der Erfolg eines solchen Prozesses aber von einer Kombination mächtigen Drucks von unten mit ökologischem Wandel von oben abhängig. Bedingt durch die Wirkung des Profitmechanismus ist zu erwarten, dass ein grüner Kapitalismus, soweit er von Teilen der Machteliten vorangetrieben wird, stark zu Lasten der Lohnabhängigen, sozial Schwächeren und der Mehrheit in konkurrenzschwachen Ländern der Erde verlaufen soll und zudem auf ein Wachstum zielt, das Erfolge ökologi-

schen Wandels wieder aufzufressen droht. Gerade deshalb bedarf es eines Blocks von demokratischen sozialökologischen Gegenmächten, die die Entwicklung über einen grünen Kapitalismus hinaustreiben.

In diesem widerspruchsvollen Sinn kann in einer historischen Parallele zu einem zu Gemeinsamer Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung fähigen Kapitalismus in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts ein zu grünem Umbau potenziell – wenn auch begrenzt - fähiger Kapitalismus erwartet werden. Die Bedingungen dafür sind, dass der Kampf von Gegenmächten für demokratischen sozialökologischen Wandel, Entwicklung und Frieden mächtig genug wird, um in absehbarer Zeit zwar nicht ein Ende des Kapitalismus herbeizuführen, wohl aber Interessengegensätze und Elemente ökologischer Vernunft in den Machteliten auszunutzen und sie zu dringlichen Veränderungen in der Umwelt-, Energie- und Klimapolitik zu zwingen. Erfolg ist möglich, wenn der Druck der Gefahren groß genug ist, um beide Seiten zu verändertem Handeln zu nötigen, und wenn die Auseinandersetzungen innerhalb des herrschenden Blocks zugunsten der flexibleren, für globale Verantwortung offeneren Kräfte ausgeht.

DIE LINKE muss aus solchen strategischen Überlegungen Schlussfolgerungen in Programmatik und Politik ziehen, die sich in eine Transformationsstrategie einordnen. Dazu gehört eine Politik für ein Mitte-Unten-Bündnis, das in globalen Menschheitsfragen bis zu einem – wenn auch widerspruchsvollen – gemeinsamen Handeln mit Teilen der Machteliten reichen kann.

DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION - IMPLIKATIONEN FÜR KONKRETE POLITIK

Transformationstheoretische Überlegungen haben nicht allein programmatische Bedeutung. Sie sind allerdings in der Regel nicht einmal in der Programmatik linker Parteien verarbeitet. Zu den Ausnahmen gehören programmatische Ansätze der Europäischen Linkspartei. Das Transformationskonzept hat aber über linke Programmatik hinaus auch Bedeutung für strategisches und praktisch-politisches Handeln. Beispiele dafür sind:

- Implikationen für die Positionierung der Linken in den Auseinandersetzungen um CO₂-Emissionszertifikate in der Klimapolitik und z.B. um das Wüstenstromprojekt „Desertec“,
- linke Strukturpolitik im Umgang mit Elektroautos,
- linke Schlussfolgerungen für die Stabilisierung des Finanzsystems.
Das ist kurz darzustellen.

CO₂-Emissionszertifikate

In den Auseinandersetzungen um CO₂-Emissionszertifikate wird der Unterschied zwischen Reformierung des Kapitalismus und Reformen als Element transformatorischer Prozesse sehr deutlich sichtbar. Den für Umweltfragen sensibilisierten Teilen der Machteliten gilt die Einführung des Emissionshandels mit CO₂-Zertifikaten als marktkonformer Hauptweg zur Minderung der Kohlendioxidbelastung und des Anstiegs der Erderwärmung, weil auf solche Weise Energiepreiserhöhungen und durch sie eine Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen ausgelöst würden. Linke Kritiker weisen den Einsatz dieses Instrument zurück, weil mit künstlich konstruierten Rechten zur Verschmutzung der Umwelt gerade jener Marktmechanismus noch ausgeweitet wird, der doch in das Umweltdesaster hineingeführt hat (Altvater / Brunnengräber, 2008: 10 ff.). Ihre berechtigte Kritik würde allerdings nicht mehr zutreffen, wenn es gelänge, den Zertifikatehandel in ein Instrument eines sozialökologischen Transformationsprozesses zu verwandeln. Das würde bedeuten, im Rahmen des „cap and trade“ - des Kappens der erlaubten Emissionsmengen durch Emissionssenkungsziele einerseits und des Handels mit den Zertifikaten andererseits - harten Zielen verbindlicher Reduzierung der Emissionen durch internationale Verträge und nationale Regelungen absoluten Vorrang zuzumessen. Die primäre Zuteilung der Emissionsrechte müsste von dem Prinzip des Rechts für jede Erdbewohnerin und jeden Erdbewohner auf gleichen Umweltraum ausgehen. Dies würde die reichen Länder zum Zukauf von Rechten aus den Entwicklungsländern zwingen und diesen

erhebliche Mittel für Investitionen in den Klimaschutz verschaffen. Ferner muss die Zuteilung von Emissionsrechten durch Versteigerung statt kostenlos wie bisher in der Europäischen Union erfolgen. Zudem müssten finanzielle Kompensationen der zu erwartenden Preissteigerungen für sozial schwächere Teile der Bevölkerung garantiert werden. Unter solchen Bedingungen könnten auch marktliche Instrumente eines Green New Deal in der Kombination mit ordnungspolitischen, nicht marktförmigen Instrumentarien und der aktiven Begünstigung erneuerbarer Energien in den Dienst sozialökologischer Transformation gestellt werden. Mehr allerdings als auf die Ausnutzung von Marktelementen kommt es in einer alternativen Klimapolitik auf die politische Begrenzung des Angebots von fossilen Energieträgern und auf ihr Belassen im Boden an, auf Umweltgebote und -verbote und auf die Förderung einer dezentralen Energiewirtschaft, auf Energie sparende Lebensweisen und auf eine gesellschaftliche Kontrolle oder Vergesellschaftung von Unternehmen, wenn deren Profitinteressen eine nachhaltige Klimapolitik blockieren.

Politik im Rahmen eines Transformationsprojekts erfordert allerdings, nicht nur soziale und ökologische Teilreformen im Rahmen des Kapitalismus auszuschöpfen und sie für weitergehende Veränderungen zu öffnen, sondern auch, Widerstand gegen Projekte zu leisten, die die Weichen in eine falsche Richtung stellen und eine nachhaltige Zukunft verbauen. Das zeigt sich exemplarisch an dem Projekt Desertec und an einseitigen Hoffnungen auf Elektroautos als umweltpolitische Lösung für den Individualverkehr.

Wüstenprojekt Desertec

Am 13. Juli 2009 wurde die Desertec Industrial Initiative aus der Taufe gehoben, ein Konsortium von zunächst 20 deutschen und internationalen Konzernen schickt sich an, in den Wüsten (deserts) Nordafrikas Solarkraftwerke mit einem - voraussehbar viel zu niedrig kalkulierten - Investitionsaufwand von rund 400 Milliarden Euro zu bauen, um neben Stromlieferungen in Afrika rund 15 Prozent des europäischen Strombedarfs

zu decken. Mit von der Partie sind u.a. die Deutsche Bank, die Investoren zur Finanzierung aufreiben und zusammenführen soll, die Münchener Rück, RWE und Eon, Siemens und Schott Solar, MAN Solar Millennium, der Schweizer Technologiekonzern ABB, das spanische Unternehmen Abengoa Solar und der größte Privatkonzern Algeriens, die Cevital-Gruppe. Das Projekt wurde in den Medien emphatisch als „die größte private Ökostrom-Initiative aller Zeiten“ (Süddeutsche Zeitung, 19.6.2009) begrüßt. Gerhard Knies, Aufsichtsratschef der Desertec-Stiftung, erklärte: „Ich möchte der Industrie meinen Glückwunsch aussprechen, dass die Rettung der Welt die größte ethische Aufgabe und zugleich das größte Geschäft der Zukunft sein dürfte.“ (Süddeutsche Zeitung, 13.7.2009) Greenpeace befürwortet das Projekt ebenso wie die Bundeskanzlerin und Sigmar Gabriel.

Doch solcher Typ von Projekten ist gerade kein Anknüpfungspunkt der Linken in Unternehmensstrategien und Politik der Herrschenden. Desertec bedeutet Konstituierung eines extremen privaten Machtmonopols auf einem zukunftsentscheidenden Feld. Desertec steht für jene Konturen eines grünen Kapitalismus, die in eine falsche Richtung weisen. Die Energieversorgung in Nordafrika wird monopolisiert, statt Entwicklungspolitik durch dezentrale Energieversorgung zu stärken. Diese Machtkonzentration wird die Monopolpreispolitik im Energiesektor internationalisieren und zementieren. Die Potenziale erneuerbarer Energien für Dezentralisierung und Kommunalisierung, für Arbeitsplätze vor Ort, für einen demokratischen Einfluss von Bürgerinnen und Bürgern auf ihre Energieversorgung und lokale Wirtschaftskreisläufe werden verspielt. Zudem wird das Projekt nach Schätzungen kritischer Energieexperten teurer werden als ein dezentraler Mix verschiedener erneuerbarer Energien. Hermann Scheer, Präsident von Eurosolar und alternativer Nobelpreisträger, erwartet, dass bis zum Zeitpunkt der Lieferfähigkeit von Desertec - frühestens 2020 - die dezentrale Solar- und Windstromerzeugung in Deutschland preisgünstiger als das Desertec-Angebot sein wird. Er schrieb: „Die Konzerne verfolgen das Ziel, die Strukturen der heutigen Energieversorgung in das Zeitalter der erneuer-

baren Energien zu verlängern. Desertec bedeutet Strom von einem einzelnen Konsortium, das Produktionsanlagen wie Transportleitungen kontrolliert.“ (manager-magazin.de, 13.7.2009) - zu einem Zeitpunkt, zu dem sogar die EU-Kommission dabei ist, Energiekonzerne zur Trennung von ihren Netzen zu veranlassen.

Desertec ist ein herausragendes Beispiel dafür, dass die Enge des klima- und energiepolitischen Zeitfensters dazu herausfordert, strategische Strukturentscheidungen *jetzt* und nicht irgendwann von der Fortschreibung der alten destruktiven Strukturen abzukoppeln. Genau das Gegenteil erfolgt jedoch mit dem gefeierten Wüstenstrom-Projekt.

Projekt Elektroauto

Ein zweites Beispiel für die Reproduktion untauglicher Strukturen im grünen Gewand kündigt sich im Marketing-Feldzug für Elektroautos an. Ganz abgesehen davon, dass sie keine Umweltlösung wären, wenn ihr Stromverbrauch aus Kohle und Öl gedeckt würde, ändern sie nur wenig an der gegenwärtigen Mobilitätsstruktur. Eine Konzentration auf sie lenkt vom Ausbau des öffentlichen Verkehrs, von einer Verringerung des gesamten Verkehrsvolumens und von seiner Verlagerung auf die Schiene ab. Ihr Einsatz als bloße Ersetzung von Benzinfahrzeugen tastet die gegenwärtigen Stadtstrukturen nicht an, nicht die Vernutzung des öffentlichen Raumes als Fließ- und Stau- und bezahlten Parkräume des allgegenwärtigen Autos, nicht das zeitverschlingende Auseinanderfallen von Wohnen, Arbeit und Kultur und nicht die Zersiedelung der Landschaft, nicht die Ausmerzungen der Läden nebenan durch Supermärkte in städtischen Randgebieten. Ein individualistischer Mobilitäts- und Lebensstil wird festgeschrieben, Verkehrsstaus bleiben uns erhalten. Prestige-Konsum lässt sich auch elektrisch vorführen. Die Fortschritte, die Elektromobile bei gemäßigter individueller Nutzung, beim Einsatz als Taxis, Leihautos und in Carsharing-Flotten als Teil eines ökologischen Gesamtkonzepts moderner Mobilität bieten, sollten von der Linken angenommen werden. Aber ihr Missbrauch zur Verlängerung individuell-konsumistischer Lebens-

weisen und Gesellschaftsstrukturen ist keine akzeptable Perspektive. „Es ist ein hegemonialer Block von neoliberaler Politik, Traumfabriken, Großkonzernen, Gewerkschaften und abhängig Beschäftigten sowie der breiten Masse der Beschäftigten entstanden, für die das Wir-Sind-Auto alternativlos zu sein scheint - materiell wie geistig, rational wie emotional, wirtschaftlich wie politisch.“ (Brie, 2009: 169)

Die Herausforderung besteht wiederum darin, dass jetzt innerhalb eines engen Zeitfensters wenigstens die Weichen für einen die Umwelt bewahrenden Mobilitätstyp als Teil einer nicht-konsumistischen Gesellschaft gestellt werden müssen. Ein erholsamer, angenehmer und künftig entgeltfreier öffentlicher Personenverkehr, dessen Anschlusspunkte in wenigen Minuten vom Ausgangspunkt erreichbar sind, Verkürzung der Arbeitszeit auch als Ausgleich von teilweise größerem Zeitaufwand für Mobilität, Übergang zu Stadtstrukturen kurzer Wege, attraktive Naherholungsmöglichkeiten, Selbstbestätigungsmöglichkeiten in Bildung, Kultur und Sport statt durch PS-starke Limousinen, ästhetisch gestaltete öffentliche Räume anstelle von Autoströmen könnten diesen Weg markieren. In solchem Rahmen hat auch das Elektroauto seinen Platz.

Das Machbare darf eben nicht die Wege in die Zukunft versperren, sondern ist vom Standpunkt linker Politik in einen größeren transformatorischen Prozess einzufügen. Das kann auch an linken Forderungen zur Erneuerung des Finanzsystems verdeutlicht werden.

Erneuerung des Finanzsystems

Die Linke hat eine Vielzahl konkreter Vorschläge zur Überwindung der Dominanz der Finanzmärkte in Wirtschaft und Gesellschaft, zur weitgehenden Beschränkung des Bankensystems auf das Einlagengeschäft, auf die stabile Versorgung der Wirtschaft mit Krediten und zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte vorgelegt (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2009; Wahl: 2009). Ein Teil der Forderungen aus dem linken Spektrum zielt auf nächste notwendige Schritte, etwa auf die Beseitigung besonders destabilisierender Praktiken und Instrumen-

te. Dazu gehören beispielsweise Forderungen nach dem Verbot von Kreditverbriefungen, von Credit Default Swaps, von außerbörslichen Termingeschäften und Leerverkäufen. Dazu gehören Vorstöße zur Rücknahme der Zulassung von Hedgefonds in Deutschland, zum Verbot von Geschäften deutscher Banken mit ausländischen Hedgefonds und zur Abschaffung falscher Anreize bei Managervergütungen. Andere Forderungen zielen stärker auf eine mittelfristige Reform des Finanzsystems, etwa auf die Zurückdrängung und strenge Kontrolle des Investmentbankings, verschärfte Vorschriften für kapitalgedeckte Altersvorsorgemodelle, die im Interesse der Versicherten von spekulativen Geschäften abgehalten werden sollen, auf strenge öffentliche Aufsicht über private Ratingagenturen und den Aufbau öffentlicher Ratinginstitute und auf die Einführung von Transaktionssteuern auf Wertpapier- und Devisengeschäfte mit dem Ziel der Entschleunigung der Finanzmärkte und der Einschränkung von Spekulation (Bundestags-Drucksache 16/7191/ DIE LINKE).

Im Rahmen eines Transformationsprozesses denkend wären die gegenwärtigen Schritte zur Stabilisierung des Finanzsystems nach den Vorstellungen der LINKEN jedoch als Einstiegsprojekte für die Umwandlung des von kurzfristiger Profitdominanz beherrschten privatmonopolistischen Finanzsystems in ein öffentliches Finanzsystem anzulegen, das emanzipatorischen Zielen und dem sozialökologischen Umbau der Gesellschaft verpflichtet ist. Das äußert sich in dem am 29. Januar 2009 von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag vorgelegten Antrag „Großbanken vergesellschaften“ (Drucksache 16/11747; Arenz, 2009).

Beispielsweise sollten Staatsbeteiligungen an Banken nicht als stille Beteiligung gestaltet werden, sondern an die Voraussetzung von verbindlichem öffentlichem Einfluss nicht auf die Tagesgeschäfte, wohl aber auf die Richtung der Unternehmenspolitik gebunden werden. Staatsbeteiligungen an systemisch wichtigen Finanzinstitutionen sollen nicht nur auf möglichst kurze Zeit gehalten und dann wieder aufgelöst werden, sondern als Einstieg in wachsenden öffentlich-demokratischen Einfluss auf den Umbau des Finanzsystems genutzt werden.

Verstaatlichungen würden also in einen Vergesellschaftungsprozess münden: öffentliches Bankeneigentum und öffentlicher Einfluss auf die Verfügung über das Eigentum von Privatbanken, öffentliche Kontrolle, Gebote, Verbote und politische Richtungsentscheidungen sollten so kombiniert werden, dass eine Transformation des am shareholder value orientierten hochspekulativen Finanzsystems zu einem Bankensystem mit der primären Aufgabe der Kreditierung von Produktionsunternehmen und vor allem von Projekten des sozialökologischen Umbaus eingeleitet wird.

Ein linkes Transformationsprojekt ist zugleich sozial und ökologisch angelegt. So wollen linke Akteure, Gewerkschaften und soziale Bewegungen, verhindern, dass die Hauptlasten der Finanzkrise und anderer Krisen auf die Lohnabhängigen und sozial schwachen Gruppen abgewälzt werden. Darauf zielen Forderungen wie die der LINKEN nach einer zeitlich befristeten Millionärsabgabe: fünf Prozent vom Privatvermögen ab einer Million Euro. In die gleiche Richtung weist der Vorschlag, Managerinnen und Managern privater Finanzinstitute eine zeitlich befristete Sonderabgabe aufzuerlegen: 80 Prozent Einkommenssteuer ab einem Jahreseinkommen von über 600.000 Euro. Damit können dem Staatshaushalt Einnahmen gesichert werden, die der Versuchung entgegenwirken sollen, den eskalierenden Staatsschulden durch den weiteren Abbau von Sozialausgaben beizukommen. Die IG Metall hat einen mit mindestens 100 Milliarden Euro ausgestatteten öffentlichen Beteiligungsfonds vorgeschlagen, mit dem sich der Staat an existenzgefährdeten Unternehmen mit dem Ziel beteiligen kann, Arbeitsplätze wenn notwendig durch ökologisch orientierte Konversion zu sichern. Dieser Fonds soll durch eine Zwangsanleihe in Höhe von zwei Prozent auf private Geldvermögen oberhalb von 750.000 Euro finanziert werden.

Aber zugleich ist ein bestimmender öffentlicher Einfluss auf das zu erneuernde Finanzsystem vor allem deshalb dringlich, weil dafür gesorgt werden muss, dass die in das Bankensystem hineingepumpten Steuergelder für eine sozialökologisch sinnvolle Wirtschaftsentwicklung eingesetzt werden, statt erneut in spekula-

tive Finanzinvestitionen zu gehen oder in die Inflation zu führen.

Ein Zwischenfazit: Transformationstheoretische Überlegungen sind keine abstrakte Angelegenheit für abgehobene Programmdebatten, sondern haben orientierende Bedeutung für Strategien und konkrete Politik:

DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION - POLITISCHE KULTUR DER LINKEN

Ein emanzipatorischer Transformationsprozess, der von einer Erneuerung der Demokratie getragen wird, schließt notwendig auch eine Erneuerung der politischen Kultur der Linken ein. Schon die Überschreitung der antagonistischen Entgegensetzung von Reform und Revolution im Diskurs der Linken erfordert, die tief verwurzelte Unkultur wechselseitiger Beschuldigung, Diffamierung und Ausgrenzung von Grund auf zu überwinden.

Ein transformatorischer Such- und Lernprozess ist völlig unverträglich mit Restvorstellungen in der Linken davon, sich im Besitz eines Wahrheitsmonopols über künftige Wege und Gestalten der Gesellschaft zu wähnen. Stattdessen bedarf sie einer Kultur des Argumentierens, des Anhörens und Prüfens von Argumenten und Gegenargumenten, der Toleranz und des Lernens auch von Andersdenkenden. In der parteiförmigen Linken mit staatssozialistischer Geschichte erforderte dies einen vollständigen Bruch mit stalinistischen Strukturen, wie ihn die damalige SED/PDS auf ihrem Gründungsparteitag 1989 vollzogen hat. Die zentralistische Struktur des Staatssozialismus, die Enge des marxistisch-leninistischen Denkgebäudes und die Heiligung der Parteilinie erstickten jede politische Kultur. „Wir sagten, dass es besser sei, sich mit der Partei zu irren, als außerhalb von ihr und gegen sie recht zu haben.“ (Semprun, 1981: 82) Das Ende des Staatssozialismus war deshalb nicht zuletzt eine Befreiung der Kultur in weitem Sinne und insbesondere der politischen Kultur. Die Befreiung aus dogmatischen Denkgehäusen und eine offene politische Kultur bleiben jedoch eine ständige Aufgabe. Sie betrifft die gesamte Linke und keineswegs nur ihre Teile mit kommunistischer und staatssozialistischer Herkunft.

Eine offene, kommunikative und kooperative politische Kultur ist auch ein Erfordernis der Verständigung zwischen den sehr verschiedenen politischen Milieus, die einen emanzipatorischen Transformationsprozess tragen könnten. Diese Milieus sind nicht zuletzt durch den besonderen kulturellen Habitus unterschieden, der den ihnen Zugehörigen eigen ist. Es bedarf wiederum der Toleranz, erheblicher Empathie, einfühlsamer Sprache und des Lernens von den Andersartigen, um das Gemeinsame im Verschiedenen politisch produktiv zu machen. Erst recht gilt dies für den politischen Balanceakt, *gegen* die Herrschenden *mit* den weitsichtigeren und flexibleren Teilen der Machteliten Schritte zu gehen, die einer Klimakatastrophe entgegenwirken, eine atomwaffenfreie Welt greifbarer machen und die Armut mildern. Der Philosoph Peter Sloterdijk legt in seinem Buch „Zorn der Zeit“ als Grundgestus, der die Entwicklung vorantreibt, eine Sprache des Zorns nahe. Ohne Zweifel ist eine solche Sprache zur Anklage gegen menschenfeindliche Haltungen und Handlungsweisen angemessen. Zu bezweifeln ist aber, dass eine pure Sprache des Zorns ohne alle Differenzierung eine Sprache linker politischer Kultur sein kann. Mit ihr ist jene Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger kaum erreichbar, die in Individualisierungsprozessen, Vielfalt der Lebensstile, internationaler Arbeitsteilung und Begegnung der Kulturen, Fortschritten der Geschlechteremanzipation, Eigenverantwortung und ähnlichen Prozessen Chancen für eigene Lebensentwürfe sieht. Erst recht wird eine ausschließlich aggressive Sprache keine Brücken zu jenen schlagen, die in der Sphäre der Macht bereit sind, gegen manche eigenen kurzfristigen Interessen in Überlebensfragen der Menschheit der Vernunft den Vorrang zu geben.

Kurz, eine künftige emanzipatorische Transformation der Gesellschaft bedarf einer neuen politischen Kultur der Linken. Es sind die Menschen, die die Gesellschaft verändern können, wenn ihre konkreten Interessen, ihre Emotionen und ihr Verstand zu einem Strom des Umbruchs zusammenfinden. Auch wenn es dazu kollektiver Akteure bedarf, schließt dies doch die innere Entscheidung von Millionen Individuen ein, die Erneuerung der Gesellschaft in die eigenen

Hände zu nehmen. Rudolf Bahro formulierte knapp, dass es „nur so viel Umkehr geben wird, wie Individuen umkehren“ (Bahro, 1089: 464). Talcott Parsons betrachtete einschneidenden gesellschaftlichen Wandel als das Resultat fundamentalen Wertewandels in der kulturellen Sphäre der Gesellschaft und der Verinnerlichung dieses kulturellen Wertewandels durch die Individuen (Parsons, 1969). Nach Günter Anders' Überlegung müssen die kulturellen Veränderungen dazu führen, dass sich ein politisch relevanter Teil der handelnden Menschen unvergleichlich viel mehr Gefühls- und Mitgefühlstiefe aneignet. Nur so könnten sie die „prometheische Lücke“ zwischen ihrer an die kühne Tatkraft des Prometheus gemahnenden Veränderungsmacht und der Begrenztheit menschlicher Verantwortungsfähigkeit für die Folgen ihres Handelns schließen (Anders, 1985: 266). Douglass North hat argumentiert, die ungeheure Unterschiedlichkeit in den Wandlungsprozessen von Gesellschaften mache deutlich, dass die kulturelle Komponente zusammen mit der Veränderung von Institutionen auch für den Wandel von Ökonomie und Politik im Laufe der Zeiten zentral sei (North, 2005: IX).

Immer ist in den zitierten Überlegungen die Rede von einschneidenden Veränderungen in der soziokulturellen Grundsituation von Gesellschaften und Individuen unter dem Druck von extremen Spannungen und Gefahren. In solchem Fall kann für einen historischen Moment die kulturell-geistige Verfasstheit der Gesellschaft entscheidend für große transformatorische Fortschritte werden. Dem Historiker und Revolutionsforscher Manfred Kossok gilt „der Umbruch im philosophischen Denken (als Kernstück der allgemeinen Kulturrevolution) als eine von drei entscheidenden Ebenen revolutionärer Umwälzungen (Kossok, 1988: 44).

Die notwendige Erneuerung der politischen Kultur der Linken, die Linkspartei eingeschlossen, ist nur ein Teil solcher allgemeinen Kulturrevolution. Die schnelle Entfaltung einer eigenen solidarischen politischen Kultur wird die Linke in den kommenden geistig-politischen Kämpfen um die Wege nach der Krise durch das Miteinander über Meinungsverschiedenheiten hinweg, durch die erhöhte Glaubwürdigkeit und

moralische Anziehungskraft einer solchen Kultur stärken. In dem unumgehbaren künftigen Wandel der Lebensweisen wird überdies dem kulturellen Niveau der zwischenmenschlichen Beziehungen eine erstrangige Bedeutung zukommen. Allerdings existiert auch eine linke Kultur nicht außerhalb der Einflüsse der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft, so dass der Wandel der Kultur der Linken zu einem Teil ihres Projekts einer gerechten Gesellschaft der Freiheit, sozialen Gleichheit und Solidarität für jede und jeden wird.

LITERATURVERZEICHNIS

Altwater, Elmar, 2009: Die kapitalistischen Plagen. Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 3

Altwater, Elmar / Brunnengräber, Achim (Hrsg.), 2008: Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Hamburg

Anders, Günter, 1085: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 1. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. München

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2009: Memorandum 2009. Von der Krise in den Absturz? Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung. Köln

Bahr, Egon (Hrsg.), 2008: Weltgesellschaft. Ein Projekt von links!. Berlin

Bahro, Rudolf, 1089: Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik. Stuttgart/Wien

Brand, Ulrich, 2009: Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4

Binswanger, Hans Christoph, 2006: Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg

Bischoff, Joachim / Huffschild, Jörg / Nick, Harry / Reuter, Norbert / Steinitz, Klaus / Zinn, Karl Georg, 2006: In der Stagnationsfalle. Perspektiven kapitalistischer Entwicklung. Hamburg

Beck, Ulrich / Ziegler, Ulf Erdmann, 1997:

eigenes Leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wir leben. München

Brie, Michael, 2007: Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten. In: Brie, Michael / Hildebrandt, Cornelia / Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik. Berlin

Brie, Michael, 2009: Sind wir Auto? In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 1: In der Krise.

Brie, Michael / Klein, Dieter, 1992: Nachwort: Über ein Institut. In: Brie, Michael / Klein, Dieter (Hrsg.): Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich. Berlin

Brown, Lester R., 2008: Plan B 3.0. Mobilizing to save civilization. New York / London

Burkett, Paul, 2006: Marxism and Ecological Economics, Leiden

Candeias, Mario, 2009: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Berlin

Carlson, Lewis / Unger, Frank, 1992: Amerika. Der gesplante Traum. Berlin

Ceceña, Ana Ester, 2009: Gesellschaftliche Gabelungen. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1: In der Krise.

Falkinger, Joseph, 1986: Sättigung. Moralische und psychologische Grenzen des Wachstums. Tübingen

Global Scenario Group / Stockholm Environment Institute – Boston, 2003: Great Transition. Umbrüche und Übergänge auf dem Weg zu einer planetarischen Gesellschaft. Frankfurt/M

Habermas, Jürgen, 1990: die nachholende Revolution, Frankfurt/M

Hobsbawm, Eric, 1994: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien

Institut für Gesellschaftsanalyse, 1/2009: Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): kontrovers 1

Institut für Gesellschaftsanalyse, 2/2009: Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): kontrovers 2

Kaufmann, Stephan / Müller, Tadzio, 2009: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Berlin

Klein, Dieter, 1990: Steht Deutschland wirklich im Frühlingsflor? In: Neues Deutschland, 18.8.

Klein, Dieter, 1991: Doppelte Modernisierung im Osten: Illusion oder Option der Geschichte? In: Brie, Michael / Klein, Dieter (Hrsg.) Umbruch zur Moderne? Hamburg

Klein, Dieter, 2002: Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt. Ein Beitrag zur Programmdiskussion der PDS. In: Brie, Michael / Chrapa, Michael / Klein, Dieter: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin

Klein, Dieter, 2006: Milliardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums. Berlin

Klein, Dieter, 2009: Grüner Kapitalismus – Irrweg oder aufzuheben in einer sozial-ökologischen Transformation. In: Kaufmann, Stephan / Müller, Tadzio: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Berlin

Kossok, Manfred, 1988: 1989 – Versuch einer Positionsbestimmung. In: Institut für Marxistische Studien und Forschungen: Die Französische Revolution. 1789 – 1989. Revolutionstheorie heute. Jahrbuch des IMSF 14, Frankfurt/M

Lepenes, Wolf, 1992: Folgen einer unerhörten Begebenheit. Berlin

Mayer, Hans, 2000: Bürgerliche Endzeit. Reden und Vorträge 1980 bis 2000. Frankfurt/M

Merkel, Wolfgang, 199: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen

Müller-Hilmer, Rita, 2006: Gesellschaft im Reformprozess. Berlin

Neugebauer, Gero, 2007: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn

North, Douglass, C., 2005: Understanding the Process of Economic Change. Princeton, New Jersey

Parsons, Talcott, 1969: Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), 2000: Re-

formalternativen. Sozial, ökologisch, zivil. Berlin
Seibert, Thomas, 2009: Strategisches Szenario, gewonnen im Rückblick auf italienische Ereignisse. In: rls papers. Berlin

Semprun, Jorge, 1981: Was für ein schöner Sonntag! München

Smith, Neil, 2008: Zur kapitalistischen Produktion von Natur. In: Argument 6

van der Pijl, Kees, 2009: Die herrschende Klasse schlägt sich nicht schlecht. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. 1: In der Krise

Wahl, Peter, 2009: Entwaffnet die Märkte! Der Finanzcrash – Ursachen, Hintergründe, Alternativen. Attac Basis Texte 32. Hamburg

Wallis, Victor, 2008: Wider die These von der „Produktion der Natur“. In: Argument 6

Weber, Max, 1988: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen

Welzer, Harald, 2008: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Frankfurt/M

Witt, Uwe, 1998: Kann es nachhaltiges umweltvertragliches Wachstum geben? Unveröffentlichtes Manuskript. Bonn

Wolf, Frieder Otto, 2009: Den Green New Deal instandbesetzen! In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. 1

Wuppertal Institut, 2008: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Herausgegeben von: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland / Brot für die Welt. Evangelischer Entwicklungsdienst. Frankfurt/M

Zapf, Wolfgang, 1992: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung: MPIFG Discussion Papier 92/4. München

Zinn, Karl Georg, 2002: Konjunktur und Wachstum. Hamburg

Zinn, Karl Georg, 2008: Die Keynesische Alternative. Beiträge zur Keynesischen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken Wirtschaftspolitik. Hamburg

INFORMATIONEN ZUM AUTOR

Prof. Dr. Dieter Klein war über mehrere Jahre Leiter der Zukunftskommission der Rosa Luxemburg Stiftung. Inzwischen ist er Herausgeber der neuen Publikationsreihe "einundzwanzig".

Weitere Publikationen von Dieter Klein

- «1989/2009 – UNEINGELÖSTES«, Reihe Standpunkte - 20/2009
- «KRISENKAPITALISMUS, Wohin es geht, wenn es so weitergeht». Reihe: einundzwanzig der RLS, Bd. 1

Rosa Luxemburg Stiftung

Büro Brüssel

Ave. Michel-Ange 11, 1000 Brüssel, Belgien

Tel: +32 2 738 7660, Fax: +32 2 738 7669

Email: info@rosalux-europa.info

Web: www.rosalux-europa.info